Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia"
Tel. 4081

Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Argentinien	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estland	E.Kr.	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4.—	Fmk	48.—
Frankreich	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslavien	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 29
Sonnabend, 31. Dez. 1933

Bezugspreis im Quartal (im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.35	Lit.	6.60
Luxemburg	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	P. £	0·018	P. £	0·216
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24.—
Rumänien	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet	F.Fr.	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr.	4.20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Hitlers Zehnjahrepakt

Inflation der Friedensgarantien

Als Gegenleistung für die verlangte Legalisierung der deutschen Rüstungen hat Hitler einen zehnjährigen Nichtangriffspakt mit allen Nachbarn angeboten. „Doppelt genäht hält besser", sagt ein altes Sprichwort. Aber wenn Hitlers Vorschlag angenommen würde, hieße das nicht nur doppelt, sondern sogar sechsfach genäht. Womit aber keineswegs gesagt ist, daß es dann auch halten muß..

Erinnern wir uns: Nach dem Kriege galt die Völkerbundsakte, die die Schlichtung aller Streitigkeiten durch den Völkerbund vorsah, als ausreichende Sicherung. Nachdem diese Meinung durch den Ruhrkonflikt einen argen Knacks bekommen hatte, kam der Locarnopakt. Er war nach dem Westen ein ausdrücklicher Verzicht auf Grenzrevision; nach dem Osten, Polen und der Tschechoslowakei, wurde zwar ein solcher Verzicht nicht wörtlich ausgesprochen, wohl aber verpflichtete man sich auch hier gegenseitig zum Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung. Dieser Verzicht wurde dann durch den Kelloggpakt nach den verschiedensten Seiten hin noch einmal befestigt.

•

Als Hitler zur Macht kam, erwarteten viele von ihm die so oft angekündigte „Zerreißung" der Verträge. Zu dieser kam es jedoch nicht. Auch die Völkerbundsakte wurde nicht „zerrissen", es ist nur von dem statutenmäßigen Recht der Kündigung Gebrauch gemacht worden. Deutschland bleibt bis zum Oktober 1935 Völkerbundsmitglied, es hat nur freiwillig auf das Recht, im Völkerbundsrat vertreten zu sein, verzichtet, zahlt aber seine Beiträge weiter fort. Es wurden also die alten Verträge und Abkommen durchaus nicht zerrissen. Im Gegenteil! Kaum hatte Hitler die Regierung in der Hand, da begann auch er Sicherheitspakte abzuschließen. Zur Völkerbundsakte (Nr. 1), zum Locarnovertrag (Nr. 2) und zum Kelloggpakt (Nr. 3) gesellt sich nun der Viererpakt (Nr. 4) und die deutschpolnische Nichtangriffserklärung (Nr. 5).

Der auf dem Vertrag von Versailles aufgebaute Viererpakt zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien sollte diese vier Mächte verpflichten, keine wichtigen, die gegenseitigen Interessen berührenden Schritte in der Außenpolitik zu unternehmen, ohne sich zuvor ins Benehmen miteinander gesetzt zu haben. Dieser Viererpakt hätte schon allein den Frieden Europas für Jahrzehnte sichern müssen, wenn er nur gehalten worden wäre. Aber als Deutschland dem Völkerbund kündigte, war vom Viererpakt schon nicht mehr die Rede, dafür kam die deutschpolnische Nichtangriffserklärung. Zwar hätte eigentlich schon die Völkerbundsakte genügen müssen, um den ewigen Frieden zwischen Deutschland und Polen zu sichern, und wenn die Völkerbundakte nicht reichte, war noch der Locarnopakt da und, wenn auch dieser nicht hielt, der Kelloggpakt. Trotzdem wurde auf den Ossa dieser Friedenssicherungen noch der Pelion der Nichtangrifferklärung getürmt.

Der diplomatisch nicht vorgebildete Leser müßte meinen, nun sei doch wirklich der Frieden gesichert. Aber nein! Schon ist der verständigungsfrohe Hitler mit einem neuen Vorschlag einer neuen Friedenssicherung zur Hand, dem Vorschlag des zehnjährigen Nichtangriffspakts. Das wäre dann Nr. 6 seit Versailles, beziehungsweise Nr. 3 seit der Machtergreifung Hitlers. Man merkt die Beschleunigung des Tempos. Seit Hitler dabei ist, kann mit Fug und Recht von einer Inflation der Friedensgarantien geredet werden. Auch diese Art von Papieren wird immer zahlreicher, während ihr Wert in raschem Tempo fällt.

Was soll der Zehnjahrepakt? Dem Namen nach ist er nicht mehr als seine Vorgänger, sondern weniger. Er bestätigt, was schon ausgemacht ist, beschränkt aber die Zeitdauer auf zehn Jahre. Oder sollen etwa die anderen Verträge weiterlaufen? Dann wäre der Zehnjahrepakt völlig sinnlos. Würde aber z. B. auch der Locarnopakt auf eine zehnjährige Laufzeit begrenzt, so würde das bedeuten, daß Deutschland nach zehn Jahren wieder berechtigt wäre, auch im Westen die territoriale Revision zu betreiben! Man kann freilich auch so argumentieren, daß man sagt, eine wirksame Friedensgarantie für nur zehn Jahre sei mehr wert als eine unwirksame auf ewige Zeit. Damit wäre zugleich ausgesprochen, daß Völkerbundsakte und Locarnopakt, Kellogg- und Viererpakt nebst der deutschpolnischen Nichtangriffserklärung das Papier nicht wert waren, auf das sie geschrieben wurden. Nur — woher will man denn den Glauben nehmen, daß Hitlers Zehnjahrepakt wertvoller ist?

•

Man tut der gegenwärtigen deutschen Regierung sicher kein Unrecht, wenn man von ihr sagt, daß sie von Verträgen, Pakten, Vereinbarungen, großen und kleinen Ehrenworten gar nichts hält. Sie hält nur von einem etwas, von der Gewalt. Die will sie vorbereiten, und um dabei nicht gestört zu werden, ist sie bereit, Erklärungen beliebiger Art abzugeben und alle möglichen Papiere zu unterschreiben. Das sind eben Formalitäten, aber die Gewalt ist eine Realität. Als Stresemann den Locarnopakt unterzeichnet hatte, schrieb der „Völkische Beobachter", diesen Außenminister müßte man wie einen Hund totschlagen. Der „Völkische Beobachter" argwöhnte nämlich, Stresemann wolle den Pakt nicht nur unterzeichnen, sondern auch halten. Ueber einen solchen Verdacht ist Hitler erhaben, und darum kann er unterschreiben, was er will, niemand wird ihn deshalb mit Totschlag bedrohen.

Die NSDAP. müßte in der Tat auf den Ueberpazifismus, in dem sich Hitler wie kein Reichskanzler vor ihm überschlägt, schon längst mit einer Revolte geantwortet haben, wäre sie nicht überzeugt, es handle sich in diesem Falle um weiter nichts als eine Kriegslist.

•

Ein großes englisches Blatt schrieb neulich etwas ironisch, man sei sich in Paris über zwei Dinge vollkommen klar: erstens darüber, daß Deutschland mit aller Macht aufrüste, zweitens aber auch darüber, daß sich, trotz der bestehenden Verträge, nichts dagegen tun lasse; denn Sanktionen bedeuteten Präventivkrieg und kämen auf keinen Fall in Frage. Für den Präventivkrieg kömen allerdings nur Leute sein, die schon wieder total vergessen haben, was Krieg bedeutet. Man soll nur nicht versuchen, das, was klar ist an der gegenwärtigen Lage, wieder zu verdunkeln durch Scheinverträge, über deren Wert unter vernünftigen Leuten nur eine Meinung sein kann. Denn nicht auf den Buchstaben kommt es an, sondern auf den Geist. Und bei dem gegenwärtigen Geisteszustand sind Friedensverträge weiter nichts als Masken, hinter denen sich das wahre Gesicht der Zeit verbirgt.

Unterm Henkerbeil

Die Tragödie eines Neunzehnjährigen

Durch Mittelsmänner wurden uns die Einzelheiten einer furchtbaren Tragödie mitgeteilt.

Unter den in letzter Zeit zum Tode verurteilten Opfern des Dritten Reiches befand sich auch ein junger, neunzehnjähriger Mann, der angeklagt war, im Jahre 1932 an einem politischen Zusammenstoß beteiligt gewesen zu sein, bei dem ein SA-Mann ums Leben kam. Als das Todesurteil gegen ihn gefällt wurde, rief er entsetzt: „Ich bin aber ganz gewiß unschuldig!" Dann brach er zusammen.

Später, als er in seiner Zelle saß, erlaubte man ihm, nach Hause an seine alten Eltern zu schreiben. In jedem dieser Briefe stand:

„Ich bin unschuldig. Ich schwöre es. Man muß mich begnadigen!"

Seine Eltern waren verzweifelt. Sie liefen und schrieben und machten Gesuche, um ihren Sohn zu retten. Die Mutter rennt von einer Behörde, von einer Parteidienststelle zur anderen. Ueberall weist man sie mit nichtssagenden Worten ab. An einer Stelle sagt ein SA-Bonze kaltschnäuzig zu ihr: „Ihr Marxistenpack habt doch nichts anderes verdient. Ihr wolltet es ja so haben!"

Ein Bruder des Verurteilten, der einige Jahre älter ist, macht die gleichen Wege. Schließlich erhält er einen Bescheid des preußischen Ministerpräsidenten: „Ich lehne die Begnadigung ab. Göring."

Der Tag der Hinrichtung naht. Die Mutter will ihren Sohn noch einmal sehen. Sie erhält keine Besuchserlaubnis mehr. Kurze Zeit darauf erhalten die Eltern und der Bruder je eine Nachricht. Sie kamen an demselben Tage. Die eine kam aus dem Gefängnis. Darin stand:

„Liebe Eltern, lieber Bruder! Soeben teilt man mir mit, daß mein Urteil morgen vollstreckt werden wird. Das darf man doch nicht. Ich bin doch unschuldig!"

Die zweite Nachricht aber stand in einer Zeitung: „Gestern morgen wurde der ... durch Handbeil hingerichtet."

Nun schreibt der Bruder des Hingerichteten ein Gesuch, man möge die Leiche des jungen Menschen zur Bestattung freigeben. Im Namen der Mutter schrieb er, die wenigstens auf dem Friedhof eine Stätte stillen Gedenkens für ihren unschuldigen Sohn haben möchte. Auch dieses Gesuch wird vom preußischen Ministerpräsidenten abgelehnt.

Aber mit diesen Schändlichkeiten ist die Sache nicht erledigt. Der Gesuchsteller wurde kurz nach dem ablehnenden Bescheid verhaftet, weil er geäußert hat, daß sein Bruder unschuldig gestorben sei. Ob die Mutter diesen zweiten Sohn wiedersehen wird?

Aus dem Inhalt:

Aufruhr der Kanzeln
Tolle Auswüchse des Rassenwahns
Görings Niederlage in Leipzig
Schwankendes England

Uebergriff gegen Ausländer

Vor fünf Wochen lief der dänische Dampfer „Kong Haakon" den Stettiner Hafen an, um seine Ladung zu löschen. Kaum war der Dampfer festgemacht, da drang deutsche Polizei ein und nahm widerrechtlich eine gründliche Untersuchung des Dampfers vor. Bei zwei Matrosen fand man einige Exemplare des „Neuen Vorwärts".

Obwohl die beiden Matrosen darauf hinwiesen, daß sie sich auf dänischem Grund und Boden befänden und daher lesen könnten, was ihnen gefiele, wurden sie an Ort und Stelle verhaftet und in das Gefängnis geschleift. Auch der Protest des Kapitäns nützte nichts. Er mußte die Heimreise ohne die beiden Verhafteten antreten.

Die beiden Matrosen wurden unter schweren Druck gesetzt. Man drohte ihnen mit einem Hochverratsverfahren. Hätte man diese Drohung wahr gemacht, so wäre das unter den heutigen Umständen gleichbedeutend mit langen Zuchthausstrafen gewesen.

Darum hat sich die dänische Regierung nach einem Bericht des dänischen Konsuls in Stettin dieser Sache energisch angenommen. Das dänische Außenreichsministerium verlangte in einer an Berlin gerichteten Note die sofortige Freilassung der zu Unrecht Verhafteten. Daraufhin wurden die beiden am 17. Dezember ohne jede Formalität entlassen und konnten die Heimreise antreten.

Görings Niederlage in Leipzig

Politische Lügen des Reichsgerichts

Der Leipziger Prozeß hat mit einem Rückzug und mit einer Niederlage geendet. Die Reichsrichter haben Torgler und die Bulgaren freigesprochen, und van der Lubbe zum Tode verurteilt. Sie haben eine wichtige Entscheidung über das persönliche Schicksal von vier Angeklagten gefällt — aber damit noch kein gerechtes Urteil; denn das Urteil folgt in seiner Begründung sklavisch den Lügen, die seit dem 28. Februar 1933 von der offiziellen Propaganda in die Welt gesetzt worden sind.

Hitler wollte noch in der Brandnacht van der Lubbe zwischen Torgler und Thälmann auf dem Platze vor dem Reichstag öffentlich aufhängen lassen. Er wollte das Fanal für den Staatsstreich durch eine propagandistische Exekution verstärken. Damals hat ihn Hugenberg davon abgebracht.

Göring hat in offener Reichsgerichtssitzung Dimitroff gedroht: „Warten Sie nur, Sie Halunke, bis Sie mir in die Finger kommen!"

Die Lust zum Hängen war groß bei den beiden Häuptern des Staatsstreiches. Was Hitler in der Brandnacht und noch am 21. März für opportun erschien, war am 28. Dezember nicht mehr opportun. Denn nach diesem Prozeß hätte die ganze Welt auf eine Hinrichtung von Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff mit der Feststellung geantwortet: Das ist Mord!

Indem die einst so hängelüsterne Regierung sich mit den Reichsrichtern auf vier Freisprüche geeinigt hat, hat sie einen Rückzug angetreten.

Zusammengebrochen aber ist die gesamte propagandistische Erfindung, auf der das Staatsstreichregime aufgebaut worden ist!

Die Lüge von der Anzündung des Reichstags durch Kommunisten, die Lüge von der Beteiligung der Sozialdemokraten, die Lüge vom bevorstehenden kommunistischen Aufstand — kurzum alles, womit Rechts- und Verfassungsbruch mitsamt den Scheußlichkeiten des braunen Terrors entschuldigt und verteidigt worden sind!

Die einzige politische Idee der Reichspropaganda besteht darin, der Welt den Hitlerismus als das letzte Bollwerk gegen den kommunistischen Umsturz vorzuführen. Dieser Idee sollten der Reichstagsbrand und der Reichstagsprozeß dienen. Wer glaubt heute noch, daß die KPD. die Anzündung des Reichstags befohlen habe, weil sie ein Fanal für den Aufstand brauchte? Der gesamte Prozeß ist trotz dem Aufmarsch der Belastungszeugen, dieser Mischung von meineidigen Verbrechern, Renegaten und Naziwürdenträgern, zu einem einzigen großen Gegenbeweis gegen diese These geworden. Daß im Urteil des Reichsgerichts diese These dennoch aufrechterhalten wird, zeigt nur, daß die Reichsrichter mit Herrn Bünger an der Spitze nicht unabhängig urteilende Richter sind, sondern Beamte des Dritten Reiches, die einen Spruch nicht nach Gerechtigkeit, sondern nach Opportunität gefällt haben! Nicht Recht und Gesetz — sondern der Befehl des Reichspropagandaministeriums liegt diesem Spruch zugrunde!

Man kann über die Katastrophe des Reichsgerichts kurz hinweggehen. Die Totalität des Regimes duldet keine Gerechtigkeit mehr, sondern nur noch die Staatsraison, und mit der Staatsraison des Dritten Reiches hat die Idee der Gerechtigkeit nichts gemein. Wer unter diesem Regime die Robe des Richters anzieht, kennzeichnet sich selbst als Diener gegen die Gerechtigkeit.

Aber die schlechten Richter sind zugleich schlechte Diener ihrer Herren gewesen! Sie sollten ihre Herren verteidigen gegen die Angriffe, die gegen das Regime und seinen Ursprung aus der ganzen Welt gerichtet worden sind. Sie sollten die Behauptung widerlegen, daß Göring selbst den Befehl gegeben habe, den Reichstag anzustecken. Sie haben die Behauptung aufgestellt, daß dem nicht so sei — aber sie haben dieser Behauptung nicht den mindesten Schein von Beweis zur Seite stellen können. Sie haben nicht vermocht, Tatsachen beizubringen, die die Ueberzeugung der ganzen Welt hätten erschüttern können.

Diesen Prozeß haben Hitler und Göring verloren!

Sie sind nicht die einzigen, die eine Niederlage von größtem Ausmaß erfahren haben! Mit ihnen haben den Prozeß verloren alle jene, die sich bereitwillig das Märchen vom kommunistischen Verbrechen erzählen ließen, um dennoch gemeinsame Sache mit den staatsstreichlüsternen Nationalsozialisten zu machen. Alle, die willfährig und widerstandslos die Verfügung über Leben, Recht und Freiheit der deutschen Staatsbürger dem braunen Terror ausgeliefert haben, betrauern den Verlust ihrer moralischen Basis — angefangen von Herrn von Hindenburg, der sich immer noch Reichspräsident nennt, über die Kommandeure der Reichswehr bis zu den Spitzen der Bürokratie und der Justiz!

Denn das Märchen vom kommunistischen Aufstand, dem der Reichstagsbrand als Fanal dienen sollte, ist der Panzer gewesen, mit dem die Helfershelfer der Nationalsozialisten sich gegen die Stimme des Gewissens und der Moral bewaffnet haben. Diese Stimme ist ihnen in die Ohren geschrien worden, aber sie meinten, daß sie nicht darauf zu hören brauchten, solange sie ihr Gewissen in die Obhut des Reichsgerichts gegeben hatten. Mochten die Anklagen über die Scheußlichkeiten des Terrors und über die Folgen ihres Handelns sich zu Bergen häufen — sie haben sich mit dem schwebenden Verfahren vor dem Reichsgericht getröstet. Sie haben selbst das Recht und die Freiheit und die Verfassung mit beiden Füßen niedergetrampelt — immer unter dem Vorwand, das Land vor dem Kommunismus zu retten. Aber nun ist das Märchen zu Ende. Niemand in der ganzen Welt wird ihnen weiterhin den guten Glauben zubilligen. Der Spruch des Reichsgerichts ist ebenso für das Gewissen dieser Herren bestimmt wie für das Renommee des Regimes. Aber ihr Gewissen wird nun vor den Richterstuhl der geschichtlichen Wahrheit gezogen werden.

Das Reichsgericht hat zu der Lüge vom kommunistischen Aufstandsversuch eine weitere Geschichtslüge hinzugefügt.

Es hat die Behauptung aufgestellt, daß die Nationalsozialisten, des kommenden Wahlerfolgse sicher, keinerlei Manipulation und keinerlei Fanal nötig gehabt hätten. Das ist eine dreiste Fälschung des geschichtlichen Tatbestandes!

Tatsache ist, daß die Kanzlerschaft an Herrn Hitler im Augenblick des Schwächeanfalls seiner Partei gegeben wurde. Tatsache ist, daß er den Staatsstreich wagen mußte, wenn seine Bewegung in der Zukunft nicht rückläufig werden sollte. Tatsache ist, daß selbst ein übergroßer Wahlerfolg ihm nicht die legale Grundlage zur Verwirklichung seiner Diktatur gegeben hätte. Hitler und Göring brauchten den Absprung zum Staatsstreich. Sie brauchten ein Ereignis, das ihnen ermöglichte, dem Reichspräsidenten die Macht aus der Hand zu nehmen und ihre Konkurrenten aus dem deutschnationalen Lager zur Ohnmacht zu verurteilen.

Wenn die Frage „zu wessen Gunsten?" gestellt wird, so entscheidet diese Frage gegen die Nationalsozialisten. Das Reichsgericht hat diese Frage aufgeworfen. Es hat sie beantwortet wie das Interesse des Regimes es befahl — aber es hat damit zugleich den schwersten Schlag gegen seine Auftraggeber geführt. Es hat seine Antwort nur mit einer Geschichtslüge zu begründen gewußt, die jedermann außerhalb Deutschlands sofort zu durchschauen vermag.

Im Augenblick des Reichstagsbrandes war die kommunistische Partei schwach. Ihre Unentschlossenheit und ihre Schwäche war bereits sichtbar geworden, als sie die Demonstration der braunen Bürgerkriegstruppen auf dem Bülowplatz vor ihrem Parteihaus dulden mußte.

Die Nationalsozialisten aber brauchten den Absprung,

der ihnen den Uebergang zu Diktatur und Terror ermöglichen sollte. Niemand glaubt, daß die KPD. ihnen, gegen die eigenen Parteiinteressen eklatant verstoßend, diese Chance zum Absprung geschenkt haben!

Die politische und moralische Niederlage ist eklatant. Aber selbst um den Preis dieser Niederlage kommt das Regime nicht von der weiter schwärenden Frage nach der Schuld los. Denn unerbittlich wird immer wieder die Frage aufgeworfen werden: Wer hat den Befehl gegeben, den Reichstag in Brand zu setzen, wer hat den Befehl ausgeführt?

Sie können van der Lubbe hängen. Sie können ihn hinter Mauern stumm machen. Aber was weiß denn er? Und ist es ein Beweis für die Unschuld von Göring, wenn van der Lubbe stumm gemacht ist?

Aufruhr der Kanzeln

Pfarrer wider Pfarrer

Die Einigung Deutschlands macht rasende Fortschritte. Sie ist schon so weit, daß am höchsten Tage der Christenheit unzählige Kanzeln gegen die nationalsozialistische „Erneuerung" protestierten. Da die katholische Geistlichkeit in Deutschland vom Konzentrationslager bedroht wird, wenn sie die christlichen Gebote pflichtgemäß verkündet, wurden ihre österreichischen Kollegen um so deutlicher. In allen Kirchen kam ein Weihnachtshirtenbrief zur Verlesung, in dem

gegen nationalsozialistische Barbarei,

Religionszersplitterung, Nationalsozialismus und Rassenwahn einmütig protestiert wurde.

Weniger einheitlich und dafür um so turbulenter ging es um Weihnachten in den evangelischen Landeskirchen des Dritten Reiches zu. Kanzel stand wider Kanzel, und verschiedene Gläubige werden sich hüten, draußen zu interpretieren, was sie in manchen Kirchen hörten, nämlich Kampfrufe gegen die oberste Kirchenbehörde. Denn der Streit zwischen der Pfarreropposition und dem Reichsbischof, zwischen den Altgläubigen und der neuen „Nationalkirche", hat sich konsequent weiter verschärft — trotz der Konzessionen, die den Altgläubigen vom Reichsbischof Müller gemacht wurden. Es nützte nichts, daß er den wider das jüdische Kruzifix ketzernden Bischof Hossenfelder aller Aemter entsetzte, daß er die Bewegung der braunen „Deutschen Christen" entpolitisierte und fallen ließ, daß sein geistliches Ministerium zurücktrat und ein neues mit neutraleren Geistlichen gebildet wurde. Die Bischöfe von Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Hannover und der hinter ihnen stehende Pfarrernotbund forderten Rücktritt des nationalsozialistischen Vertrauensmannes, Reichsbischof Müller.

Als alles Zuckerbrot nichts half, versuchte er es mit der Peitsche und verfügte vorige Woche die

Eingliederung der evangelischen Jugendbünde in die Hitlerjugend.

Gleichzeitig enthob der wotansgläubige Baldur von Schirach den bisherigen Führer der evangelischen Jugend seines Amtes. Aber so sehr diese Beschlagnahme ihrer Jugendreserven, die die altgläubige Opposition auch trifft — sie war klug genug, Ruhe zu bewahren und sich nicht aufs politische Glatteis locken zu lassen. Ihre Forderungen blieben religiöse: Wiederherstellung des alten, von Parteipolitik unabhängigen Glaubens und Müllers Abgang. Wie ernst der die Situation einschätzt, ist daraus zu ersehen, daß er vier Tage vor Weihnachten nach Hannover reiste, um sich mit dem Vertrauensmann der Altgläubigen, Bodelschwingh, auszusprechen. Resultat: eine neue Bischofskonferenz, die abermals Müllers Kopf forderte, andernfalls die Opposition

zu „aktivem Widerstand" entschlossen

sei; sie werde, wenn ihren Forderungen bis 24. Dezember nicht entsprochen werde, ihren kirchenpolitischen Standpunkt von der Kanzel herab verkündigen. Da Müller blieb und da es auch müllergläubige Pfarrer gibt, kann man sich den erhebenden Gottesfrieden ausmalen, der in diesen Tagen christlicher Hochfestlichkeit rings um die Kanzeln des Dritten Reiches tobte.

Der Kampf geht weiter und wie er auch ausläuft: er hat den braunen Erneuerern bis jetzt eine Niederlage nach der anderen beschert.

50 Jahre

Kampfjubiläum des „Vorwärts"

Ein halbes Jahrhundert vollendet sich, seit das „Berliner Volksblatt", der Vorläufer des „Vorwärts", zu erscheinen begann. Es war zur Zeit des Sozialistengesetzes. Unter der falschen Beschuldigung, die Attentate auf Wilhelm I. seien von Sozialdemokraten verübt worden, hatte Bismarck Presse und Organisation der Sozialdemokratischen Partei verboten, die Anhänger der sozialistischen Lehre unter Ausnahmezucht gestellt.

Es steht ein Blatt geschrieben
Im Buch der deutschen Schmach,
Das wird der Teufel lieben
Bis auf den jüngsten Tag.

So charakterisierte der Freiheitsdichter Karl Henckell Bismarcks Sozialistengesetz. Heute erscheint uns jene Zeit als geradezu noch liberal. Denn nicht nur gab es keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität, es gab keinen totalen Staat und keine totale Willkür, sondern es gab - eben nur ein Sozialistengesetz, ein Gesetz also, das den Behörden zur Richtschnur diente und das je nach Ort und Zeit strenger oder weitherziger ausgelegt wurde. Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich, nur daß sich diese eben nicht gerade als sozialistisch bezeichnen durfte.

So entstand im sechsten Jahre des Sozialistengesetzes das „Berliner Volksblatt". Blättert man heute in seinen alten Jahrgängen, so ist man erstaunt, was alles in Berlin unter dem eisernen Kanzler in der Zeit des Sozialistengesetzes geschrieben werden konnte. Heute würde der hundertste Teil davon genügen, nicht nur ein Verbot des Blattes herbeizuführen, sondern auch Verleger und Redakteure für die Lebenszeit des gegenwärtigen Regimes in das Konzentrationslager doer ins Zuchthaus zu bringen.

Die ersten Verhandlungen über eine publizistische Vertretung der Partei im Ausland wurden schon drei Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geführt. Die Entscheidung fiel aber erst nach qualvollem Hin und Her nach der Besetzung der Gewerkschaftshäuser zu Anfang Mai. Am 18. Juni erschien dann die erste Nummer des „Neuen Vorwärts" in Karlsbad. Ursprünglich sollte es bei dem alten Namen „Vorwärts" verbleiben, doch machte die Kommunistische Partei, die in Reichenberg ein Blatt gleichen Namens herausgab, auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches ältere Rechte geltend. Im übrigen hatte die so entstandene teilweise Namensänderung auch ihr Gutes, indem sie andeutete, daß der „Vorwärts" vor neuen Aufgaben stand und in neuem Geiste an sie heranzutreten entschlossen war.

Die Erkenntnis, daß es jetzt in Deutschland nichts anderes gibt als den kompromißlosen revolutionären Kampf gegen das herrschende Regime der Despotie, hat sich nicht ohne weiteres durchgesetzt. Der „Neue Vorwärts" darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, sie von seiner ersten Nummer an konsequent vertreten zu haben. Das geschah ohne persönliche Gehässigkeit gegen diejenigen, die sich nicht mehr auf die Erfordernisse der neuen Zeit umzustellen vermochten und die sich darum hartnäckig an Illusionen klammerten. Aber darüber soll doch kein Zweifel möglich sein, daß sich der „Neue Vorwärts" bewußt in den schärfsten sachlichen Gegensatz zu jenen stellt, die glaubten, etwas vom Geist und Körper der alten Partei durch Stillhalten und Resignation erhalten zu können.

Der Entschluß, das alte Banner über die Grenze zu tragen, war gewiß nicht leicht. Er offenbarte die Tragödie nicht bloß einzelner Menschen, sondern auch — und das bedeutet unendlich mehr — einer großen Idee und einer stolzen Bewegung. Aber er bedeutete eben nicht nur ein Ende, sondern auch einen Anfang, nicht nur eine Besiegelung der Niederlage, sondern auch eine neue Kampfansage. Der Entschluß, den „Vorwärts" im Ausland erscheinen zu lassen, wird endgültig gerechtfertigt sein an dem Tage, an dem er zum ersten Mal wieder im Inland erscheinen wird, in einem befreiten sozialistischen Deutschland!

Schwankendes England

V. Sch., **London**, 23. Dezember 1933.

Es wird den Engländern nachgerühmt, daß sie in ihrer politischen Geschichte oft Fehler begangen haben, aber in kritischen Augenblicken instinktmäßig immer das Richtige erkannt und danach gehandelt haben. Wenn diese Behauptung, die übrigens die Briten selber gern aufstellen, zutrifft, dann müßten wir daraus schließen, daß die gegenwärtige weltpolitische Situation nicht kritisch ist. Aber diejenigen, die mit uns der Meinung sind, daß die jetzigen Wochen vielleicht ausschlaggebend sein werden für die weitere Gestaltung Europas und seiner Zivilisation auf Jahrzehnte hinaus, werden eher die andere Schlußfolgerung ziehen, daß der angebliche sichere politische Instinkt der Engländer in gefährlichen Zeiten keine allgemein gültige Regel ist.

Man soll die Dinge beim rechten Namen nennen: Hitlers Wagnis, hat — einstweilen — zur Konsolidierung seines Regimes geführt. Sein Prestige ist im Innern dadurch gestärkt worden, daß er — einstweilen — bewiesen hat,

daß die Außenwelt Angst vor der rohen Gewalt hat,

die er und seine braunen Horden verkörpern.

Einstweilen — denn noch ist das Triumphlied der Gewalt noch nicht zu Ende erklungen. Schon zeigt es sich, daß Hitler, vom Erfolg seines ersten außenpolitischen Bluffs berauscht, seine Forderungen dermaßen übersteigert, daß die bereits erschlaffte, resignierte Außenwelt doch aufzuhorchen und zu reagieren beginnt.

Aber wer die letzten zwei Monate überblickt, der muß feststellen, daß Großbritanniens Haltung als unsicher und schwankend bezeichnet werden muß. Die Regierung allein dafür verantwortlich zu machen, wäre ungerecht. Denn erstens ist das Kabinett Macdonald in dieser Frage alles eher denn einheitlich. Zweitens erstrecken sich diese Meinungsgegensätze auf alle Parteien, auf alle politischen und wirtschaftlichen Kreise. Es gibt überall Menschen, die glauben, daß man nur durch Konzessionen an Hitler-Deutschland den Frieden retten kann, daß man daher

auf Frankreich den stärksten Druck

ausüben müsse und daß man daher auch so tun sollte, als ob man den Friedensbeteuerungen des deutschen Diktators Glauben schenke. Und es gibt wiederum überall auch andere Menschen, die eine solche Politik als kurzsichtig ablehnen, und die voraussagen, daß man dadurch den Kriegsgeist in Deutschland nur Vorschub leistet und dem Krieg erst recht entgegentreibt.

Wahrscheinlich wäre diese letzte Auffassung einheitlicher, wenn Hitlers Aufrüstungsforderungen sich nicht auf die Landkräfte beschränken würden. Die Klage vieler Franzosen, daß England besonders dann freigiebig sei, wenn es selber nichts zu opfern brauche, ist vielleicht nicht ganz ungerechtfertigt. Wenn aber erst Frankreich unter englischem Druck den militärischen Gleichberechtigungsansprüchen Deutschlands nachgegeben haben würde, dann würde wahrscheinlich sehr bald — und durchaus logisch — der Anspruch auf gleiches Recht zur See folgen, auf den Bau von Großkampfschiffen und U-Booten, später auf die Rückgabe der Kolonien. Das sehen viele Engländer bereits heute ein, manche sprechen es sogar aus.

Hier liegt wohl die hauptsächliche Erklärung für die zumindest unklare Stellungnahme eines Teils der Arbeiterpartei zur Frage der direkten Verhandlungen zwischen Frankreich und Hitler, zu denen die englische Regierung drängt, wobei sie sich sogar in ihren diplomatischen Gesprächen mit Vorliebe auf den Druck der „öffentlichen Meinung" insbesondere der Labour-Opposition, beruft. Manche Arbeiterführer und Labour-Journalisten fürchten nämlich, daß sie, falls sie gegen den Versuch der direkten Verständigung mit Hitler Stellung nähmen, in eine Front mit den Aufrüstungsimperialisten im eigenen Lager geraten könnten. Die starke — und, wie die jüngsten Wahlen beweisen, überaus erfolgreiche —

pazifistische Parole der Labour-Bewegung

hat ihren Ursprung in dieser Abneigung gegen weitere Rüstungsausgaben im eigenen Lande, dessen konservative Regierung immer wieder vorgibt, für soziale Zwecke kein Geld übrig zu haben. Aber in ihrer Wirkung hat diese Parole eine ungeheuere Verwirrung zur Folge, weil sie die klare Linie des Weltkampfes gegen Hitler verwischt und sogar manchmal den — sicherlich unbeabsichtigten — Eindruck einer außenpolitischen Hilfsstellung für Hitler gegen Frankreich erweckt.

Ein spätere Zeit wird erst im ganzen Umfange das weltpolitische Unheil ermessen können, das vor 2 Jahren durch den innerpolitischen Umschwung Großbritanniens angerichtet worden ist. Denn nicht allein, daß der Zusammenbruch der Labour-Regierung und die darauffolgende Weltkatastrophe der Labour-Party die faschistische Reaktion überall in Europa ermuntert hat, die vielleicht tödliche Krise des Völkerbundes ist nicht zuletzt durch das Schwanken und durch die Schwäche der Regierung Macdonald—Sir John Simon gegenüber Japan in der Mandschurei-Frage heraufbeschworen worden. Dieselben Kreise begehen die gleichen Fehler gegenüber dem Dritten Reich und versetzen, wenn sie so weitermachen,

den Gnadenstoß jenem Völkerbund,

an dem sie festzuhalten vorgeben. Sie hoffen, durch Konzessionen an einen vermeintlichen friedensbereiten Hitler dem neuen europäischen Kriege vorzubeugen und erkennen nicht, daß sie dadurch nur erreichen, daß Hitler im Innern an Prestige gewinnt, daß die Gewaltpolitiker in Deutschland als gerechtfertigt erscheinen können, daß die deutsche Jugend erst recht den Kürassierstiefelmethoden huldigen wird, daß Hitler Zeit gewinnt, um seine Rüstungen zu vervollständigen — und daß aus allen diesen Gründen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ins Riesenhafte wächst!

Hohn für die Opfer

Weihnachtserzählungen der gleichgeschalteten Presse.

Die „Braunschweigische Landeszeitung" vom 22. Dezember erzählt:

„In Oranienburg, in Sonnenburg, in den Konzentrationslagern Sachsens, Lübecks und Thüringens, ja in allen Lagern, die zur Abwehr der bolschewistischen Gefahr errichtet werden mußten, werden die Schutzhäftlinge entlassen, denen man auf Grund ihrer bisherigen Führung zutrauen darf, daß sie sich in Zukunft einwandfrei bewegen werden. Und diese Entlassungen gestalten sich oft zu Feiern, aus denen deutlich zu erkenen ist, wie schamlos die Meute der „Emigranten" gelogen hat. So standen vor dem Eingang zum Sammellager in Sonnenburg zwei brennende Weihnachtsbäume, und unter fröhlichem Gesang zogen die Entlassenen zum Bahnhof. Aus dem Zuge heraus schüttelten sie ihren Wachmannschaften immer wieder die Hand und winkten noch lange Zeit zurück, als sie der Heimat, der Familie, der Freiheit entgegenfuhren. Der Groll, der ohne Frage jeden von ihnen bei der Verhaftung und Einlieferung beseelt hatte, war verflogen in diesen Wochen und Monaten, in denen sie wohl als Gegner aber auch als Menschen behandelt wurden. Die Großmut des Siegers, der auch in ihnen Volksgenossen sah, die sich lediglich hatten verführen lassen, wird ihren seelischen Widerstand überwunden haben... So und nicht anders entpuppen sich die „Greuel", die vor gar nicht langer Zeit die Welt empörten. Wir freuen uns, freuen uns von ganzem Herzen dieses Weihnachtsgeschenkes, das der nationalsozialistische Staat den Schutzhäftlingen macht. Nicht nur des Auslandes wegen!"

Es gibt nichts über das goldene deutsche Gemüt, das sogar noch vor der Folterkammer einen Weihnachtsbaum aufstellt! Für die Spießbürger mit Gemüt ist das Märchen berechnet. Sie sind das ganze Jahr über dafür, daß das Marxistenpack totgeschlagen wird — aber zu Weihnachten wollen sie ein Märchen über die allgemeine Menschenliebe der Henkersknechte hören!

Auf die Opfer wirkt dies Märchen wie blutiger Hohn.

Korruption! Korruption!

Es stinkt in der NSDAP.

Die nationalsozialistischen Häuptlinge gehen mit gutem Beispiel voran, und die kleinen Organisationsgötter folgen nach. Der eine steckt ein Rittergut in die Tasche, der andere ein paar hundert Mark. Bereichert euch! heißt die Parole.

Aus allen Gegenden Deutschlands mehren sich die Nachrichten, die von Unterschlagungen, Unregelmäßigkeiten, Schiebungen in der NSDAP. berichten. Wieviel mag erst unterdrückt werden!

In Berlin ist der Obmann der NSBO. im Betrieb Ullstein wegen schwerer Unregelmäßigkeiten verhaftet worden.

In Breslau wurden die beiden Leiter der NSBO. verhaftet.

In Schwandorf wurde der Führer des Arbeitslagers wegen Unterschlagung seiner Funktionen enthoben. Der Kreisleiter der NSBO. in Schwandorf hat 1600 Mark unterschlagen.

In Furth i. W. wurde der Sohn des nationalsozialistischen Staatsrats Böhm wegen Unterschlagung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Unterschied ist nur der: die Kleinen werden hinausgeschmissen, die Großen mit den Rittersgütern in der Tasche aber bleiben Führer und Ehrenmänner!

Selbstmord

Die Despotie als wahre Selbstverwaltung.

Die „Frankfurter Zeitung" Nr. 897 beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem neuen preußischen Dekret über die Aufhebung der Selbstverwaltung in Preußen. Sie spricht von einer „Versöhnung von Staatsmacht und Volksfreiheit" und streut der Neuordnung die folgenden Lorbeeren:

„Sie fügt sich in den Rahmen, den der totale Staat für die praktische Mitarbeit seiner Bürger geschaffen hat, folgerichtig ein, wahrt aber den Gedanken der Selbstverwaltung, wie er, nicht formal, aber begrifflich verstanden werden will, in vollem Umfange."

Dieser Satz ist ein kompletter Unsinn. Die praktische Mitarbeit des Bürgers im totalen Staat ist gleich Null — darin besteht die Folgerichtigkeit. Wie kann aber der Gedanke der Selbstverwaltung in vollem Umfange gewahrt werden, wenn die Voraussetzung restlos gefallen ist? Die „Versöhnung von Staatsmacht und Volksfreiheit" besteht darin, daß die Volksfreiheit totgeschlagen ist!

Daß ein Reptil der Despotie versichert, die Vernichtung der Selbstverwaltung sei gleichbedeutend mit der vollen Wahrung ihres Gedankens, war angesichts der geistigen und moralischen Verwahrlosung der deutschen Presse zu erwarten. Daß aber die „Frankfurter Zeitung", deren Geschichte mit der des deutschen Liberalismus untrennbar verknüpft ist, uns den Absolutismus als die wahre Selbstverwaltung vorstellt, daß diese Zeitung damit sich selbst ihrer Geschichte und den ihre Geschichte tragenden Ideen ins Gesicht schlägt, und dabei immer noch behauptet, die alte „Frankfurter Zeitung" zu sein, die einst Sonnemann gründete — dieser beispiellose Selbstverrat dieser Zeitung und ihrer Redakteure zeigt klar den schauerlichen Absturz der deutschen Presse!

Tolle Auswüchse des Rassenwahns

„Mischehe" ungültig!

Vor einem Gericht in Berlin wurde in der vergangenen Woche eine Ehe für nichtig erklärt, die lange vor Hitlers Machtergreifung geschlossen worden war.

Der Ehemann war, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, Arier und mindestens seit den Märzwahlen 1933 Nationalsozialist. Seine Ehefrau dagegen gehörte der jüdischen Rasse und Religion an. Der Ehemann beantragte die Auflösung der Ehe mit der Begründung, zu den persönlichen Eigenschaften eines Menschen gehöre auch seine Rassezugehörigkeit. Er habe zwar gewußt, daß seine Frau Jüdin sei, aber die Bedeutung dieser Tatsache sei ihm nicht bekannt gewesen. Die Ehefrau hatte der Auflösung der Ehe widersprochen. In der Gerichtsentscheidung heißt es:

Daß zu den persönlichen Eigenschaften eines Mannes seine Rassezugehörigkeit in erster Linie gehört, ist eine Frage, die endlich im bejahenden Sinne zur allgemeinen Erkenntnis gekommen ist. Das neue Reich baut sich wesentlich auf der Zusammengehörigkeit des Volkes als Träger gemeinsamen Blutes auf. Es ist selbstverständlich, daß bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe als einer in erster Linie sittlichen, dem Fortbestand des Volkes dienenden Einrichtung ein arischer Ehegatte die Ehe mit einer Angehörigen einer volksfremden — ja volksfeindlichen — Rasse nicht abgeschlossen haben würde, wenn ihm die Sachlage zur Erkenntnis gekommen wäre.

In dem Rechtsstreit spielte nun weiter eine Rolle, ob der Ehemann die Auflösung der Ehe noch verlangen könnte. Die Anfechtung der Ehe muß innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Kenntnisnahme des Anfechtungsgrundes erfolgen. Das Gericht sagt, diese sechsmonatige Frist wäre gewahrt, denn bei der nur durchschnittlichen Allgemeinbildung des Ehemannes könne man ohne weiteres annehmen, daß ihm die volle Erkenntnis der Sachlage erst im Laufe des Sommers 33 gekommen sei, erst zu dieser Zeit also die sechsmonatige Frist zu laufen begonnen habe.

Da zur Geburt eines Nachkommens sogar die neunmonatige Frist vonnöten ist, gelten alle in den vergangenen und kommenden Monaten aus arisch-jüdischen Ehen hervorgegangenen Kinder als nicht vorhanden. Wenn sie besonders dumme Väter haben, dürfen sie sogar noch 1935 zur Welt kommen, ohne daß von ihnen Notiz genommen wird.

Wie Einstein ausgeplündert wurde

Interessante Einzelheiten über die Ausplünderung Albert Einsteins veröffentlicht die „Manchester Guardian". In einer Zuschrift, die offenbar von einer ausgezeichnet informierten Stelle ausgeht, wird daran erinnert, daß der große Gelehrte neben der Schweizer Staatsbürgerschaft auch die deutsche besitzt, die er nach dem Kriege auf Drängen Rathenaus erworben hat. Als Einstein nach Anbruch des Dritten Reichs von Amerika in Belgien ankam, ersuchte er die deutschen Behörden in Berlin um Entlassung aus dem Staatsverband. Sie wurde ihm aber zunächst nicht bewilligt, dafür aber wurden seine und seiner Frau Bankguthaben von etwa 60.000 Mark beschlagnahmt mit der Begründung, Einstein sei ein gefährlicher Kommunist und könnte das Geld für kommunistische Umsturzzwecke verwenden.

Als Einstein die Schweizer Regierung um ihre Intervention ersuchte, wurde ihr bedeutet, daß diese unzulässig sei, da ja Einstein noch deutscher Staatsangehöriger sei. Es wurde aber versprochen, ihn bald aus der preußischen Staatsbürgerschaft zu entlassen. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Dagegen wurde die Mietwohnung Einsteins in Berlin und seine Villa in der Umgebung von Nationalsozialisten ausgeplündert. Alle Wertgegenstände, Silber, Kunstwerke, Violinen und sogar ein Boot, ein Geschenk eines amerikanischen Freundes, wurden weggenommen. Sein wissenschaftliches Material und seine private Korrespondenz wurden gleichfalls gestohlen.

Der Regierungserlaß, der die Beschlagnahme des Vermögens der Staatsfeinde anordnet, ist erst im Juli erschienen. Einstein hatte um seine Entlassung aus der deutschen Staatsbürgerschaft schon Monate zuvor nachgesucht. Es ist offenbar, daß man sie ihm nicht bewilligt hat, weil in diesem Falle die Schweiz den Schutz seines Eigentums hätte übernehmen können. Nicht eher wollte man Einstein loslassen, als bis man ihm den letzten Rest seiner Habe gestohlen hatte.

Und warum man das tat? Um die Welt vor dem Bolschewismus zu schützen. Das ist die Moral von der Geschichte!

Um Deutschland

Interessante neue Veröffentlichungen.

In der Weihnachtsnummer des „Aufruf", Streitschrift für Menschenrechte, Prag, wird ein Briefwechsel veröffentlicht, den Einstein und Sigmund Freud mit dem Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit über das Thema „Warum Krieg?" geführt haben.

Robert Larus beschäftigt sich in der „Weltbühne" Nr. 51 mit den Rückwirkungen der Krise auf die Jugend. Sein Aufsatz „Der Streik der Jugend" gibt ein erschütterndes Bild von der geistigen und moralischen Verheerung, die die letzte Phase des Kapitalismus unter der jungen Generation angerichtet hat.

Das „Neue Tagebuch" (Paris-Amsterdam) setzt sich in Nr. 26 gegen eine Propagandalüge der mit dem Wolff-Büro verbundenen Conti-Agentur zur Wehr.

Die Fahrt ins Gelbe

Arbeitsfront in Uniform ohne Recht

Nach der Machtergreifung Hitlers glaubten eine nicht geringe Anzahl Arbeiter, daß nun die Zeit gekommen sei, um mit Hilfe der NSBO., hinter der ja die neue Statsgewalt stand, das Uebergewicht in den Betrieben zu erobern. Es fehlte von Februar bis Mai nicht an Anläufen hierzu. Triumphierend wußte die Nazipresse zu melden, wie NSBO. und SA. bald einen Unternehmer gezwungen hatten, eine verkündete Lohnsenkung zurückzunehmen, bald Entlassungen rückgängig zu machen usw.

Aber sehr rasch zeigte sich,

daß die neue Staatsmacht sehr viel stärker hinter den Unternehmern stand,

als hinter ihrer eigenen NSBO. Immer schärfere Dekrete verboten der NSBO. und SA. derartige „Eingriffe in das Wirtschaftsleben". Als das nicht half, erklärte Hitler offiziell die Revolution für beendet. Oertliche und provinzielle Leiter, die im Lohnkampf die Partei der Arbeiter ergriffen hatten, wurden zurückgepfiffen oder kaltgestellt und schließlich wanderten die Führer der nationalsozialistischen Betriebszellen, die noch immer an die Realität des Hitlerschen „Sozialismus" glaubten, wie z. B. die Zellenobleute der großen Schiffahrtsgesellschaften in Konzentrationslagern, wodurch sie sich dann hinreichend überzeugen konnten, daß Schacht, Thyssen und Vögler wirklich nicht zum Zwecke der Verstaatlichung privater Trusts an die Macht gekommen waren.

Die letzte Zeit hat nun die Entmachtung der Arbeitslosen durch den Nationalsozialismus zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die Quintessenz aller von der „Arbeitsfront" und ihrem Leiter, dem Chemiker Dr. Ley, mit großem Gepränge verkündeten Maßnahmen läuft darauf hinaus, daß der Arbeiterschaft jeder Einfluß auf die Gestaltung der grundlegenden Arbeitsbedingungen, nämlich auf Arbeitslohn und Arbeitszeit entzogen wird. Beides wird wieder

unumschränkt in die Hände der Unternehmer gelegt,

wobei den Arbeitern bestenfalls der Weg einer Beschwerde an die staatlichen, nationalsozialistischen Aufsichtsorgane offen bleibt. Kollektive Arbeitsniederlegung zum Zwecke der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen wird verboten, sogar unter Strafe gestellt, ganz abgesehen davon, daß irgendwelche Streikkassen nicht mehr existieren.

Denn die gleichgeschalteten, früheren Gewerkschaften, die innerhalb der „Arbeitsfront" nur noch ein Scheindasein führen, werden — wie die „Arbeitsfront" selber — nur noch die Rolle spielen dürfen, die früher den mit Recht von der Arbeiterklasse

tiefverachteten gelben Werkvereinen

überlassen blieb: harmlose Geselligkeit, eine harmlose „Bildung" und gewisse Unterstützungsleistungen werden das einzige Feld ihrer Tätigkeit bilden, wenn man etwa noch „praktische Vorschläge an die Werksleitung", die diese in den Papierkorb wirft, hinzurechnet.

Diese Fahrt ins Gelbe ist in den acht Monaten der Hitlerregierung ganz systematisch vorbereitet worden. Zunächst haben die Ley und ähnliche Schwätzer den Arbeitern erzählt, daß man sie von dem „Minderwertigkeitskomplex erlösen müsse, den die bösen Marxisten ihnen eingeimpft hätten. Lassalle nannte in seiner ersten programmatischen Rede die Arbeiterklasse „den Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden würde" — das ist wahrscheinlich der Quell der Minderwertigkeitsgefühle. Nach Ley und Konsorten aber gilt es nur, die „Ehre" des Arbeiters wieder herzustellen. Wäre das geschehen, dann „ließe es sich ertragen", daß der Arbeiter weniger als andere verdiene.

So geschah es. Man stellte die „Ehre" des Arbeiters in derselben Weise her, wie man in Vorkriegszeiten vom Staate sagte, daß er seine Beamten zur Hälfte statt mit Geld mit der Ehre bezahle, nämlich mit Orden und Titeln.

Man gab den Arbeitern — eine Uniform!

Nicht etwa die Uniform selber, sondern die Erlaubnis, sich eine auf eigene Kosten anzuschaffen. Im zweireihigen blauen Anzug mit Stehkragen und schwarzer Kravatte soll der Proletarier des Dritten Reiches sich als „besserer Mensch" vorkommen. Man schmeichelt ihm, indem man die Unternehmer veranlaßt, den gleichen Anzug bei festlichen Anlässen zu tragen. Genau so wurde ehemals dem Rekruten eingeredet, daß er „des Königs Rock" trüge. So nämlich, wie zwischen Wilhelms Paradeuniform und der speckigen abgetragenen Rekrutenmontur, wird der Unterschied dieser „Einheitsanzüge von Unternehmer und Proleten sein!

Dem Appell an die kindische Eitelkeit, so recht der Denkart eines Ley entsprechend, folgt der Appell ans deutsche Gemüt. Nicht das Arbeitsverhältnis des werktätigen Menschen ist mehr das zentrale Problem, um das die soziale Frage kreist, sondern — sein Feierabend!

Nichts kennzeichnet so sehr die völlige Verwirrung aller Begriffe, die der Nationalsozialismus planmäßig betreibt, wie die groteske Tatsache, daß dieser „Sozialismus" die Lösung der sozialen Frage nicht bei der Produktionstätigkeit des Arbeiters, sondern — bei seiner Freizeit anfangen will! Nicht auf den Lohn, nicht auf die Arbeitszeit kommt es an, nein, darauf, wie der ausgebeutete Proletarier die paar freien Stunden verbringt, die sein Ausbeuter ihm läßt. Hier müssen wir die verachteten Gelben um Entschuldigung bitten: so hoffnungslos oberflächlich haben selbst sie das soziale Problem nicht gesehen.

Was aber geschieht mit dem Arbeitsverhältnis selber?

Das einzige, was Ley den Arbeitern anbietet, ist eine mehrwöchige Kündigungsfrist, ein sehr zweischneidiges Geschenk: verhindert es doch die Arbeiter, bei besserer Konjunktur die einzige Chance wahrzunehmen, die ihnen selbst das frühkapitalistische Zeitalter bot: nämlich den Versuch, durch Wechsel des Betriebes bessere Bedingungen zu erzielen. Bei Zeiten langfristiger Arbeitslosigkeit — wie der jetzigen Krise — bedeutet eine Galgenfrist von zwei Wochen für den gekündigten Arbeiter keinerlei Rettung, bei Zeiten guter Konjunktur wird die Kündigungsfrist zum Hemmschuh.

Hinter all diesen Maßnahmen aber steht außerdem ein unsichtbares „Dafür . . . ." Nämlich:

dafür darf von den Löhnen nicht mehr gesprochen werden.

Hat Ley doch mit offenen Zynismus erklärt: die Gelder, die früher dem deutschen Arbeitsmenschen (welch „ehrenvolle" Bezeichnung!) für Kampf- und Streikzwecke von den Gewerkschaften abgenommen worden seien, sie würden jetzt für die Ausschmückung seines Feierabends verwendet werden. Wie rührend, wie sinnig! Früher wurden mitunter mit Hilfe dieser Gelder zehn oder fünfzehn Prozent Lohnerhöhung erzielt. Damit ist es nun aus: statt der Lohnerhöhung gibt es vielleicht ein Blasorchester. — Und eine deutsche Jungfrau wird dem Arbeiter Verse deklamieren: „Was frag ich viel nach Geld und Gut, wenn ich zufrieden bin . . . .?"

Es ist von den Nazis nicht etwa nur der Klassenkampf eingestellt, wie ihn die Sozialdemokratie den Arbeitern als Notwendigkeit unter dem kapitalistischen System predigte. Das wäre viel zu wenig gesagt. Eingestellt ist vielmehr unter der Herrschaft Hitlers jene bescheidene Interessenvertretung der Arbeitnehmer, wie sie sogar die Christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunkerschen, ja, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sich zum Ziele gesetzt hatten. Selbst diese, die bürgerliche Gesellschaftsordnung bejahenden Verbände hatten doch auf Grund ihrer Arbeit einsehen müssen, daß sie nicht gemeinsam mit den Unternehmern, sondern nur getrennt von diesen und gegen sie ihre Interessen wahrnehmen könnten. Was aber tut der Nazi-Ley? Er bringt die Gewerkschaften, in denen Arbeiter und Angestellte unter sich sind, zum Absterben, indem er ihnen

die Aufnahme neuer Mitglieder untersagt.

Statt dessen trifft sich alles, Unternehmer, leitender Angestellter, unterer Angestellter und Arbeiter in der „Arbeitsfront". Und über dem schwebt das gelbe Bekenntnis Leys, schöner als es je ein Harmonieapostel des Manchester-Liberalismus vor drei Menschenalter geprägt hat: „Die Arbeiter können nur glücklich sein, wenn es ihrem Unternehmer gut geht . . . ."

Womit man von 1933 etwa bis 1833 zurückgelangt ist.

1929 Hermann Müller - 1933 Adolf Hitler

Um den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang im faschistischen Deutschland im vollen Maße überblicken zu können, genügt es nicht, die Zahlen der allgemeinen Wirtschaftsstatistik zu verfolgen. Viel deutlicher zeigen sich die Wirkungen der Hitler-Katastrophe im Realeinkommen der breiten Volksschichten. Wir sind heute in der Lage, das Absinken der Löhne und Gehälter der rund 600.000 Arbeiter und Beamten der Deutschen Reichsbahn in absoluten Zahlen nachzuweisen. Zur Erläuterung der Zahlen sei vorausgeschickt, daß die Reichsbahnarbeiter in drei Lohngebiete eingegliedert sind, von denen jedes fünf Ortsklassen hat. Für jedes Lohngebiet und jede Ortsklasse ist ein Tariflohn festgesetzt, der für die männlichen Arbeiter in sieben Lohngruppen eingeteilt ist. Dazu kommen Kinderzuschläge, Frauenzuschlag, usw., auch an manchen Industrieplätzen Ortslohnzuschläge. In den folgenden Gegenüberstellungen, wie sie auf Grund von Tatsachen im Organ des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes zusammengestellt werden konnten, sind einige Monatslöhne auf Grund der in der Regel zu leistenden Arbeitstage für einige Arbeiterkategorien Lohngebiete und Ortsklassen berechnet. Der Vergleich ist politisch besonders lehrreich, denn die letzte Lohnerhöhung war im Mai 1929 unter der Regierung Hermann Müller erfolgt. Es wird gegenübergestellt das Bruttoeinkommen von Arbeitern in der höchsten Lohnstufe ohne Kinderzuschlag.

		Handwerker RM	Ranglierab. RM	Streckenarb. RM
Lohngebiet 3, Ortskl. A	Oktober 1929	318.25	247.—	262.10
und 50% Ortslohnzulage	Oktober 1933	207.35	202.80	170.80
Lohngebiet 2, Ortskl. B	Oktober 1929	259.70	202.80	205.30
und 28% Ortslohnzulage	Oktober 1933	165.10	160.60	136.30

Bei den Rangierarbeitern ist in den Löhnen noch die neunstündige Arbeitszeit inbegriffen. An Abzügen für Sozialversicherung müssen im Dritten Reich 12 Prozent gerechnet werden. Die Gegenüberstellung zeigt, daß Adolf Hitler seinen Vierjahresplan, der das große Geheimnis dieses Arbeiterbefreiers sein sollte, bereits in zehn Monaten nur allzu deutlich kenntlich gemacht hat.

Bei den Reichsbahnbeamten wird zum Grundgehalt ein Wohnungsgeldzuschuß, abgestuft nach 6 Tarifklassen und Ortsklassen, bezahlt. Die folgende Gegenüberstellung ist aus der mittleren Ortsklasse B ohne Kinderzuschlag entnommen:

	Weichenw. Min.	Schaffner Höchst	Zugmeister Min.	Zugmeister Höchst	Sekretäre Min.	Lockführer Höchst
Oktober 1929	162.—	246.33	225.50	283.83	246.33	342.17
Oktober 1933	129.60	197.06	180.40	226.73	197.06	372.81

Davon gehen durch „freiwilligen Zwang" erhebliche Summen für Haus- und Straßensammlungen, bei denen kein Sonntag ausgelassen wird. Will der Reichsbahnbeamte oder Arbeiter nicht „vorgeladen" werden, so muß er spenden für SA., Stahlhelm, Hitlerjugend, Rotes Kreuz, Mittelstandshilfe, Bauernhilfe, Auslandsdeutsche, Giftgas- und Fliegerabwehr usw. Auch der Auslandszuschlag ist abgebaut worden, dagegen ist der Reichsindex für Lebenshaltungskosten ständig angestiegen.

Die gleichgeschaltete Eisenbahnerorganisation ist von jeder Einflußnahme auf die Lohngestaltung ausgeschaltet, um sich restlos der großen nationalsozialistischen Erziehung hingeben zu können. Das sollte eigentlich überflüssig sein. Wir glauben dieser lebendige Anschauungsunterricht des skrupellosen Lohnabbaues dürfte den Eisenbahnern bereits genügend Aufklärung über das Wesen des Nationalsozialismus gebracht haben.

Im Verlag „Graphia", Karlsbad, erscheint

Reichstagsbrand

Wer ist verurteilt?

VON JUSTINIAN

Der Prozeß um den Reichstagsbrand hinterläßt ungelöste Rätsel. Welches sind die wirklichen politischen Hintergründe dieser Brandstiftung? Wer hat den Wirrkopf aus Holland die Hand geführt? Ist eine Aufklärung noch möglich? Welche politischen Wirkungen sind von ihr zu erwarten?

Diese Fragen, die während des Prozesses überall diskutiert wurden, werden nach Prozeßschluß nicht aufhören, die Welt zu beschäftigen.

Jostinian behauptet nichts, was er nicht beweisen kann. Auf unwiderlegliche Tatsachen stützen sich seine Feststellungen. Wer über den Prozeß ernstlich mitreden will, muß zuvor diese Schrift lesen! Sie erscheint Anfang Januar.

Neuer Vorwärts

Ich bestelle den „Neuen Vorwärts" und erwarte regelmäßige Lieferung von nächster Nummer an.

Name und Vorname

Wohnort und Postanstalt

Straße und Hausnummer

Diesen Bestellschein bitte ausfüllen, ausschneiden und an: Verwaltung „Neuer Vorwärts", Karlsbad, ČSR., Haus „Graphia", senden.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.
Druck: „Graphia" Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 139.334/VII-1933

Bebel gegen Hitler

Von Otto Wels

Die Frage „Masse und Führer" steht heute wieder im Vordergrund. Niemals war die Masse so zur Selbstausschaltung bereit, niemals warf ein Volk das Erstlingsrecht der politischen Selbstbestimmung so achtlos zugunsten eines Mannes beiseite, der aus seiner abgrundtiefen Verachtung der Masse nie ein Hehl gemacht und die Errichtung einer neuen Herrenkaste als die Aufgabe seines Lebens und die Grundlage für den neuen Staat bezeichnet hatte. Von einer Hypnose befangen, in die es auch die größten Leistungen niemals versetzt hätten, unterlag das deutsche Volk einer Reklamekunst sondergleichen so weit, daß die politischen Drahtzieher des Nationalsozialismus es wagen konnten, für den „Führer" geradezu göttliche Ehren zu fordern. Unter dem Beifall der Besessensten im Volke gingen seine Handlanger ans Werk, den gekreuzigten Christus vom Kreuze zu nehmen und den Erlösergedanken der christlichen Kirche auf ihn zu übertragen, den deutschen Heiland der deutschen Christen. Wie im alten Rom die Cäsaren in der Zeit des Kampfes mit dem Nazarenertum, die göttlichen Würden für sich und ihr Amt allein in Anspruch nahmen, so sollte im neuen Deutschland der „Führer" über allen und allem stehen.

Das Problem Masse und Führer ist in keiner Partei so ausgiebig besprochen worden wie in der Deutschen Sozialdemokratie, lange vor der Geburt des Nationalsozialismus. Als sie am intensivsten diskutiert wurde, stand an der Spitze der Partei ein Mann, dessen Autorität eine ungeheuere war, der ehemalige Drechsler August Bebel. Er war ein Mann des starken Willens, und er rang um seine Auffassung und ihre Geltung in der Partei und in der Welt mit unerhörter Zähigkeit. Niemals aber anders als mit geistigen Waffen und im vollen Lichte der Oeffentlichkeit. Er kämpfte als Demokrat um die Autorität in der Partei. Er rang um die Krone des Führers in dem Sinne, der beste unter Gleichen zu sein. Ganz anders dachte er über die Rolle des Führers, als sie heute verstanden wird, und auf das schärfste lehnte er es ab, die aus Vertrauen dem Führer von der Masse übertragenen Autorität in diktatorische Macht umzufälschen. Nichts kann das deutlicher zeigen, wie folgende Erinnerung an ihn.

Es war im Jahre 1912. Die Partei hatte Paul Singer zu Grabe getragen. Nach Wilhelm Liebknecht und Ignaz Auer war der Mann von der Seite August Bebels gegangen, der neben ihm den stärksten Fonds von Vertrauen, das höchste Maß der daraus entspringenden Autorität in den deutschen Arbeitermassen besaß.

Da fügte es sich, daß in einem Kreis von Parteifreunden die Lücken beklagt wurden, die der Tod gerissen und man mit Bedauern betonte, daß die Partei nun nur noch ihn, August Bebel, als den einzigen und letzten unangefochtenen Führer der Partei habe. Daß kein anderer da sei, der nach der Meinung der ganzen Partei als sein unumstrittener Nachfolger in der Führung gelten könnte. Da brauste er auf: Das sei kein Schade, das sei ein Vorteil im Sinne der Demokratie. Worauf es ankomme, das sei nicht die Einzelpersönlichkeit, das sei das Niveau der Partei in ihrer Gesamtheit. Und wenn er heute in die Partei blicke, und all die Männer betrachte, die man jetzt eben eigentlich als zweiten Ranges bezeichnet habe, dann müsse er ehrlich bekennen: er und andere hätten schon als die großen Führer gegolten, als sie in vielen Dingen in Bezug auf ihr Wissen und Können den Leuten, die heute der Partei dienten, nicht das Wasser reichen konnten. Ein Dutzend Namen nannte er im Flug, von denen jeder jünger an Jahren, gleich ihm mit der Partei auch geistig gewachsen wäre. Noch höher aber sei das politische Niveau der sozialdemokratischen Arbeiter an sich gestiegen, und er behauptete, daß sie jetzt schon den politisch weitaus reifsten Teil des deutschen Volkes bildeten. Das sei der wahre Erfolg unserer Arbeit und die beste Garantie für die Zukunft des Sozialismus.

Alle, die jener Unterhaltung beiwohnten, schwiegen, bis auf Bebel selbst, der nun mit der ihm eigenen Lebendigkeit den Aufstieg der Arbeiterschaft während der letzten Jahrzehnte schilderte.

Ein Jahr später, im Jahre 1913, war auch August Bebel von uns gegangen. Ein Volkstribun im besten Sinne des Wortes, dessen zündende Rede Millionen mit sich riß in Begeisterung für die höchsten Güter der Menschheit, gegen die Unterdrükkung und Ausbeutung der Menschen durch den Menschen, für die Gleichheit aller Klassen und Rassen. Gegen die Schmach der Rassenhetze erhob er seine Stimme im Sinne der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Wiederum ein Jahr später wälzte sich der Brand des Weltkrieges über die Erde. Millionen von Menschenleben sanken dahin, Kulturgüter von unermeßlichem Ausmaß gingen zugrunde. Am größten aber erwies sich der Schaden, dem er dem Geist der Zeit zufügte, dem Geiste August Bebels. Das Zeitalter der Humanität, des Fortschritts und der Freiheit scheint dahin. Mit roher Gewalt herrscht die Diktatur in unserem Vaterland. Nie tobte Klassen- und Rassenhaß hemmungsloser als jetzt. Niemals aber auch erwies sich die Legitimation des Sozialismus für seinen unbeirrbaren Kampf gegen den Kapitalismus in seiner kulturzerstörenden Tendenz stärker als jetzt.

Die Geschichte wird zeigen, daß der Geist, den der Drechsler August Bebel im deutschen Volk gesät, dem Anstreicher Hitler dennoch die Hetzpeitsche entwinden wird, die er in Deutschland zum Symbol des untergehenden Kapitalismus machte, wie es die Peitsche des Fronvogts in der Zeit des kapitalistischen Beginnes war.

Das Wesen des Faschismus

Eine neue grundlegende Untersuchung

Seit einer Reihe von Jahren sind in der deutschen sozialistischen Literatur Wesen und Erscheinungsformen des Faschismus eingehend verfolgt worden. In Zeitungen, Zeitschriften und Büchern wurden seine wichtigsten Probleme behandelt. Oda Olberg, Angelica Balabanoff, Julius Deutsch, Adolf Saager lieferten uns in ihren Schriften instruktive geschichtliche Darstellungen des italienischen Faschismus; Pietro Nenni gab eine ergreifende Schilderung des „Todeskampfes der Freiheit" in Italien; Hermann Heller — der leider Frühverstorbene — schrieb eine der bedeutendsten Monographien über den „Faschismus und Europa".

Der Sieg des Nationalfaschismus in Deutschland mußte selbstverständlich das Interesse für die Probleme des Faschismus verstärken. Man greift deshalb mit besonderer Spannung nach dem soeben im Europa-Verlag, Zürich, erschienenen Werk von Ignazio Silone: „Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung." Das Buch enttäuscht unsere Erwartungen nicht. Es liefert nicht nur eine geschichtliche Darstellung des Faschismus, verbunden mit der neuesten Geschichte Italiens, es versucht auch, die dem Faschismus zugrunde liegenden sozialen Triebkräfte bloßzulegen und in der Schilderung der einzelnen Etappen seiner Entwicklung seine Anpassungsversuche an den Kapitalismus, seine Kooperation mit dem Militarismus und Klerikalismus, seine widerspruchsvolle Haltung als typische Bewegung des Kleinbürgertums, die mit dem Sozialismus nichts gemein hat, klarzustellen und daraus die Aussichtslosigkeit seiner Versuche abzuleiten.

Besonders wertvoll ist das Bemühen Silones, der Vereinfachung der Begriffe bei der Behandlung der faschistischen Probleme, der auch der Marxismus nicht entronnen ist, entgegenzuwirken.

„Dank jenem vereinfachenden Denken ist der Faschismus heute das geworden, was der Cäsarismus zur Zeit von Marx gewesen ist: ‚Eine dunkle Nacht, in der alle Katzen grau sind.' Die Zeitgenossen von Marx nannten jede reaktionäre Bewegung ‚cäsaristisch'. So sind auch für viele unserer Zeitgenossen Reaktion und Faschismus gleichbedeutend."

Silone wendet sich gegen diese Schablonisierung des Denkers nicht etwa deshalb, weil er dem Faschismus einen revolutionären Charakter zuschreibt, sondern weil der Faschismus nicht die einzige Form ist, die die Reaktion in der heutigen Zeit annimmt. Er unterscheidet je nach der geschichtlichen Situation und den Beziehungen der Klassen zu einander: „a) Militärdiktaturen; b) reaktionäre Verstärkung der alten Staatsformen, ohne Unterdrückung des Parlamentarismus und ohne Auflösung des Systems der traditionellen Parteien; c) faschistische Diktatur." Im Faschismus sind die Elemente der beiden ersten Formen der Reaktion mit enthalten und auf die Spitze getrieben, er selbst stellt aber einen Versuch dar, „unter der Direktive des Großkapitals neue Formen industrieller und finanzieller Organisation zu entwickeln und damit die Konzentration des Kapitals bis zum äußersten zu treiben." Der Faschismus ist nicht etwa typisch für ökonomisch rückständige Länder, er tritt — wie das Beispiel Deutschlands zeigt — auch in ökonomisch hochstehenden Ländern in Erscheinung. „Die Voraussicht einer Ausdehnung und Verschlimmerung der kapitalistischen Krise, begleitet vom Zerfall der traditionellen bürgerlichen Parteien, und einer Verlängerung der Krise, welche die Arbeiterbewegung machtlos macht, schließt in sich die Voraussicht einer weiteren Ausdehnung des Faschismus."

Dabei ist der Faschismus eine typische Bewegung des Kleinbürgertums. Silone variiert das Wort von Marx aus dem „Achtzehnten Brumaire", wonach das Kleinbürgertum ein integrierender Bestandteil aller sich vorbereitenden Revolutionen sei, indem er hinzufügt, daß es auch ein integrierender Bestandteil aller faschistischen Bewegungen ist. Vor jeder sozialen Krise ist der Kleinbürger, ohne daß ihm das bewußt wird, Kandidat beider sich bekämpfenden Parteien: der Reaktion und der Revolution. Es wäre falsch zu glauben, daß das Kleinbürgertum historisch dazu verurteilt sei, immer gegen die arbeitenden Klassen anzugehen, und daß es nicht ein Verbündeter der sozialistischen Bewegung werden könnte.

„Dieser Irrtum ist 1919 in Italien begangen worden. Von allen Irrtümern war das der schlimmste. Von allen Irrtümern war das derjenige, der den Faschismus am meisten zum Erfolg verholfen hat."

Silone zieht aus der Analyse der faschistischen Partei den Schluß, daß sie nicht mit den traditionellen konservativen Parteien verwechselt werden darf, obwohl sie aus ihrer Auflösung heraus geboren ist; der Faschismus ist nicht nur und nicht in erster Linie eine Bewegung bewaffneter Söldner oder Weißgardisten.

„Er ist eine große politische Bewegung der Massen. Am Anfang entgeht dem Bewußtsein der Mehrzahl seiner Anhänger, daß er im Dienste des Kapitalismus steht."

Doch hier setzt die dialektische Entwicklung ein. Man kann heute die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht bekämpfen, ohne der Hochfinanz zu verfallen. Keine faschistische Partei hat sich bisher diesem Schicksal entziehen können. Aber die Zugehörigkeit der Hochfinanz zum Faschismus zieht unausweichlich die Zugehörigkeit des ganzen alten gesellschaftlichen Oberbaues zum Faschismus nach sich: aller alten politischen Parteien und aller alten Institutionen, vom Generalstab bis zur Kirche, von der Justiz bis zur Universität.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus?

„1. Das Kleinbürgertum kann wohl die politischen Führer für irgendeine Regierungsform liefern: als Klasse aber kann es keine Regierungsform richtunggebend beeinflussen, da sogar der Faschismus, die stärkste Bewegung, die je aus dem Kleinbürgertum hervorgegangen ist, in der offenen Diktatur der Hochfinanz und in einer noch nie dagewesenen Unterdrückung des Kleinbürgertums als Klasse ausläuft.

2. Das Kleinbürgertum hat keine anderen historischen Möglichkeiten, als die Unterstützung des Faschismus oder die Unterstützung der sozialistischen Bewegung."

Silone wendet sich scharf gegen die Illusion, als ob der „Korporativismus" eine Art von Sozialismus sei, die die heutige Gesellschaft aus ihren inneren Widersprüchen herausführen könnte. In ausgezeichneten Darlegungen, die zu den besten des Buches gehören, weist er nach, daß der von Mussolini proklamierte „Korporative Staat" nur auf dem Papier steht. Was in Wirklichkeit existiert, ist ein im Bunde mit dem Finanzkapital aufgerichteter Staatskapitalismus, der die Aufgabe hat, das Regime zu halten und den Zerfall der Wirtschaft nach Möglichkeit hinauszuschieben. Er hat aber keines der bestehenden Probleme gelöst und ist auch nicht in der Lage, die Klassengegensätze im Faschismus aus der Welt zu schaffen. Die inneren Widersprüche und Gegensätze müssen an Schärfe zunehmen, je mehr sich der Faschismus unfähig erweist, der wachsenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Es kann noch Jahre, vielleicht noch Jahrzehnte dauern, bis dieses dem Untergang geweihte System zusammenbricht. „Aber — schließt Silone — der Sieg des Kapitals über die Arbeit kann nicht ewig sein. Die Zukunft gehört dem Sozialismus. Die Zukunft gehört der Freiheit."

Viator.

Ein Inserat aus dem „Völkischen Beobachter" vom 16. Dezember. Das glückliche Volk Adolf Hitlers trinkt statt Wasser Sekt. Und das tägliche Kaviarbrot kommt auch noch!

Bei uns wird nicht geschlagen!

Erlebtes aus dem Dritten Reich – Diskussion mit SA-Leuten

„Bei uns wird nicht geschlagen!" Mit diesen Worten empfing mich nach meiner Verhaftung der Sturmführer F. Daß in einer SA-Kaserne nicht geschlagen sondern versucht wird, sich mit Gegner geistig auseinanderzusetzen, ist nach allen Erfahrungen — auch den meinen — ungewöhnlich. Aber ich will mit dem Anfang beginnen.

Eines Tages kommt ein Trupp SA in meine Wohnung. Nach einem Vorgeplänkel merke ich bald, daß es sich ausnahmsweise um Leute handelt, mit denen sich reden läßt.

„Was wollt Ihr eigentlich von mir", frage ich den Führer. „Von den Unternehmern und dem Börsenvorstand in Berlin laßt Ihr Euch glatt wieder nach Hause schicken! Bei einem Arbeiterfunktionär aber rückt ihr mit fast einem Dutzend Leuten an und stellt die ganze Wohnung auf den Kopf. Das ist für Hugenberg, aber nicht für den Sozialismus."

„Wir wissen auch, was mit Hugenberg los ist", bekam ich zur Antwort. „Wir wissen, daß er den Kapitalismus retten will. Aber der sitzt nicht lange weich, der wird bald abgesägt. Das geht bloß alles nicht so schnell. Immer mit der Ruhe."

Während der Führer dies sagte, blätterte er in meinem Material um. Die anderen blieben still und verwundert stehen. Die meisten von ihnen, besonders die Jüngsten, verstanden wohl auch nichts. Sie hörten die Unterhaltung zwischen einigen älteren SA-Leuten und mir teils mit Aerger, teils mit naiver Bewunderung an. Dementsprechend schwebten sie etwas zwischen Prügellust und merkwürdiger Freundlichkeit. Es war eine außerordentlich interessante psychologische Situation.

Man findet Literatur von Hitler bis Lenin. Es wurde auch festgestellt, daß ich die Literatur der NSDAP nicht nur besitze, sondern sogar gelesen habe. Na, das ist doch merkwürdig!

„Aber sie haben doch einen jüdischen Freund und haben auch sonst Umgang mit Juden nicht wahr? Das ist mir unbegreiflich, wo sie doch so ein gescheiter Mensch sind, der soviel gelesen hat, da müßten sie doch wenigstens schon wissen, daß die Juden unser Elend verursacht haben."

Das sagte einer dieser älteren Nationalsozialisten in SA-Uniform mit tiefstem Ernst. Ich machte bei der Haussuchung und auch später in der Kaserne der SA verschiedene Aeußerungen zur Judenfrage, aber hier gab es keine Brücke. Mich erschütterte fast diese kritiklose Gläubigkeit in einer Frage, die das Leben von Millionen angeht. Diese Art von Antisemitismus ist in der Tat ebenso unmöglich zu widerlegen wie sonst irgend ein Aberglaube.

Die Verhaftung erfolgte ohne Polizei und als es in die Kaserne ging, dachte ich: „So, nun wird sich das Blatt wenden. Da werden die Jungen den Ton angeben." Ich wußte ja, wie es meinen Genossen und Freunden ging.

Aber nein, das Wunder geht weiter. Ich werde ruhig und sachlich vernommen — und bin schon wieder in der Diskussion drin. Der Kreis hat sich um einige Angehörige der „Alten Garde" erweitert. Ich bemerke in einer Ecke des Sturmführerzimmers Bilder nationalsozialistischer Führer der NSDAP. „Hier steht ja Gregor Strasser noch mit im Vordergrund", sagte ich ziemlich sicher. „Warum ist er jetzt nicht Minister geworden. Der müßte doch dahin, wo heute Hugenberg sitzt. Der hat doch wenigstens Ideen." „Zeit abwarten," sagte einer, „das ist auch unser Ziel. Die Revolution war jetzt erst eine nationale. Die zweite Revolution, das wird die soziale sein."

Davon waren sie fest überzeugt.

Etwas später wurden die neu eingelieferten Gefangenen, darunter ich, vom Sturmführer folgendermaßen offiziell in Empfang genommen:

„Wir haben jetzt die Macht und haben euch im Interesse ihrer Erhaltung verhaftet. Mancher von euch hat gezittert, als wir ihn holten, weil er befürchtete, von uns geschlagen zu werden. Leider wird ja an vielen Orten geschlagen, aber das gibt es bei uns nicht, bei uns wird nicht geschlagen. Wir vergreifen uns nicht an wehrlosen Gefangenen. Wir sind keine Konjunkturnationalsozialisten, unser Stamm hier besteht durchwegs aus alten Kämpfern. Die euch verprügeln, das sind meist feige Ueberläufer, die im Grunde selber die Prügel verdienen. Das sind die, die heute als Neulinge bei uns gleich eine große Rolle spielen wollen . . . ."

Immer wieder betonte er den Unterschied zwischen der alten und der neuen Garde. Ich hörte diese Worte mit Verwunderung und hätte gern gewußt, wie die politische Entwicklung dieses Mannes war. Daß die alte Garde nur aus Edelnationalsozialisten bestehen sollte, ging mir um so weniger ein, als Göring und andere ausgesprochene Sadisten sind, und doch wohl auch zur alten Garde gehören. Aber zum ersten Mal hörte ich aus dem Munde eines Sturmführers, daß die Gefangenen an vielen Orten „leider" geschlagen werden. Was in den Zeitungen als Greuelmeldung zurückgewiesen wurde, habe ich hier also offiziell bestätigt bekommen. Noch oft hat man uns gesagt, wir sollten froh sein, daß wir nicht anderen Kasernen in die Hände gefallen sind.

Der Sturmführer kam noch sehr spät in meine Zelle und diskutierte mit mir. Es ließ sich mit ihm im allgemeinen ganz gut reden. Als ich ihn fragte, wer denn eigentlich die Stimmung gegen Gregor Strasser mache, sagte er:

„Der Kampf wird vor allem von Göbbels geführt." „Wie ist das zu verstehen?", fragte ich weiter. „Ja, das hat rassische Gründe", begann er langsam und etwas zögernd zu sprechen. „Dieser Führerstreit ist nur rassisch zu verstehen," fuhr er fort. „Göbbels hat einen Klumpfuß und fühlt sich darum dem rassereinen und völlig gesunden Strasser gegenüber unterlegen und daher rührt sein Haß gegen Strasser." Ich war höchst erstaunt, die Rassetheorie so konsequent auf die eigenen Führer angewendet zu finden. Später hörte ich Aehnliches auch von anderer Seite. Wie es scheint, verbirgt sich dahinter eine Richtung, die ihre Opposition in ein Rassengewand hüllt. Selbst gegenüber dem „Führer" wurden Bedenken wegen seines Sexuallebens geäußert. „Man wisse noch gar nicht, ob Hitler überhaupt einwandfrei ist", sagte jemand.

Dies und Aehnliches wurde in einer Seelenruhe hingesprochen, aber aus nichts war zu schließen, daß die Leute getarnte Kommunisten gewesen sein könnten. Das ist völlig ausgeschlossen: sie waren staatssozialistisch, antisemitisch und in der Anwendung der Rassentheorie erstaunlich konsequent. Sie waren zweifellos Feinde des herkömmlichen Kapitalismus, wenngleich sie sich in utopischen Gedankengängen bewegten und kein klares Ziel vor Augen hatten. Und sie waren so überzeugt von Hitlers Kampf gegen den Kapitalismus, daß das Erwachen aus diesem Traum für sie sehr furchtbar sein muß.

Ich war nicht wenig überrascht, als mich einer dieser alten Garde fragte: „Was meinen Sie, wird Hitler sich halten?" „Es wird sehr darauf ankommen," erwiderte ich, „in welchem Maße er sein Programm einhalten wird und einhalten kann." Ich wandte mich auch gegen Thyssen und die Vertreter des Großgrundbesitzes, die ihre Interessen frech als die Interessen der gesamten Nation hinstellen. Auch hier fand ich Beifall. Daß diese Vorwürfe auch Hitler trafen, der mit Thyssen und Co. durch dick und dünn geht, wurde gar nicht bemerkt. Denn plötzlich wurde ich mit der naiven Bemerkung überfallen: „Wo Sie so viel studiert haben, müßten Sie doch schon erkannt haben, daß nur Adolf Hitler in Frage kommt . . ." Ich dachte mir, das Studieren hat wohl noch keinen Nationalsozialisten erzeugt, es wird wohl eher das Nichtstudieren gewesen sein!

Der Sturm, von dem hier die Rede war, ist später aufgelöst worden. Er soll auch später immer noch auf dem Boden der zweiten Revolution gestanden und rebelliert haben. Ein großer Teil sitzt in Haft. Sicher werden wir noch heute politische Gegner sein, aber ich wünsche diesen Gefangenen von heute und meinen Wächtern von gestern, daß sie nicht in solche Hände kommen, wie ich Wochen nach dieser hier geschilderten merkwürdigen und einzigartigen Verhaftung.

Und weil ich sie vor weiterem Schaden bewahren will, habe ich auch ihre Namen nicht genannt.

Kurt Schlegel.

Der Tanz auf dem Sumpf

Zuviel Sekt!

Unter dem Deckmantel der „Wohltätigkeit" treibt der Festluxus im Dritten Reiche so üppige Blüten, daß die braunen Leithammel nachgerade den Unwillen der hungrigen Zaungäste zu fürchten beginnen. Heß, der Vize-Hitler, hat sich zu einem Erlaß genötigt gesehen, den die „Vossische Zeitung" Einfachheit bei Wohltätigkeitsfesten" überschreibt und in dem es heißt:

> So begrüßenswert alle Veranstaltungen sind, deren Erlös dazu bestimmt ist, notleidenden Volksgenossen Hilfe zu bringen, oder minderbegüterte Kameraden gegen die Kälte des Winters zu schützen, so notwendig ist es, daß alle derartigen Veranstaltungen jeglicher Organisation der NSDAP. in den Ankündigungen, den Einladungen und in der Form der Durchführung unbedingt nationalsozialistischen Geist atmen.

Ja, wie steht es nun eigentlich mit dem „nationalsozialistischen Geist"? Ein maitre de plaisir hat's heutzutage in Deutschland wirklich nicht leicht. Offenbar ist die Aufhebung der Sektsteuer doch im nationalsozialistischen Geiste erfolgt? Sollte es diesem Geiste widersprechen, daß der verbilligte Sekt nun auch getrunken wird?

•

Und ein „Wohltätigkeitsfest" jagt das andere. Im Zoo war am 9. Dezember ein großer Festrummel, über den der „Börsen-Courier" ausplaudert:

> Der Zweck dieses Festes: die Beschaffung von Wintermänteln für die SA. . . . ist angesichts des gewaltigen Besuches in vollem Umfang erreicht worden.

Also, nun wissen wir, wohin die „Wohltätigkeitgelder" fließen.

Berlin tanzt

Dezember:

2. Dezember: SS-Sturm 4/II/6, Truup Schill, Zoo
   Grenzmannschaft Alt-Preußen, Ball und Kommers, Esplanade
3. Dezember: Winterfest des Corps Saxonie, Kroll
8. Dezember: Deutsche Adelsgenossenschaft, Gau Kurmark, Esplanade
9. Dezember: Kaiserlicher Yachtklub, Kaiserhof
   SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, Zoo
10. Dezember: Weihnachtskranzl des Dt. u. Oe. Alpenvereines, Sektion Hohenzollern, Kroll
14. Dezember: Kreis II der deutschen Arbeitsfront, Zoo
15. Dezember: N. S. K. K., Bezirk Charlottenburg, Zoo
    SS-Motorstaffel z. b. V. im Kaisersaal, Zoo
16. Dezember: Wohltätigkeitsfest der SA der NSDAP., Sturmbann III/6, Kroll
    Deutscher Luftsportverband, Zoo
    Reitersturm der SA-Standarte, Zoo
17. Dezember: SS 2/I/6, Zoo
    N. S. K. K. Bavarie, Zoo
29. Dezember: Standarte I, Zoo

So schwingen Feudalclubs und SA auf Kosten des deutschen Volkes abwechselnd den Gummiknüppel und das Tanzbein.

•

Noch eine Gelegenheit ist, noch mehr zu trinken . . .

•

Ueberall besteht unter den Angehörigen der Langfinger-Zunft der ungeschriebene Comment, sich nicht gegenseitig zu bestehlen und zu berauben. Im Dritten Reich ist aber auch darin ein Wandel eingetreten. Dieser Tage drangen Knacker in die Büroräume einer Berliner Nazi-Organisation ein, erbrachen den Geldschrank und raubten einiges Geld. Schon immer haben böse Beispiele gute Sitten verdorben, und die deutschen Einbrecher fürchten, daß sie allmählich ins Hintertreffen geraten könnten, wenn sie mit den gesetzlich geschützten, beamteten Räubern noch länger Zunft-Solidarität üben.

•

Göbbels hat, wie es ihm zukommt, nun auch den Kasperle gleichgeschaltet. Er hat, durchaus entsprechend, diesen Kleinkinder-Spaßmacher in den Dienst seiner Propaganda gestellt und jüngst vor Erwachsenen in der Berliner Kunstakademie ein Stück aufführen lassen: „Kasperle und die Abwehr von Fliegerangriffen". Den Erwachsenen des Dritten Reiches hat es sehr gefallen, so schrieben es wenigstens die kommandierten Göbbels-Sklaven. Man könne sich kaum eine volkstümlichere Propaganda vorstellen, als ein derartiges Kasperle-Theater. Die Verdummung im Hitler-Land macht rapide Fortschritte. Das Kind im deutschen Manne ist nun endlich erwacht. Man spielt seit Monaten mit ihm Blindekuh — weshalb nicht jetzt auch Kasperle!

Weihnachts-Nachklänge

Wie die Kinderaugen blitzen!
Schießgewehre, Bleisoldaten,
Gummiknüppel, Messer, Spaten,
Giftampullen, Feldhaubitzen,
Uniformen, Ehrenlitzen —
Deutsche Weihnacht! Friedensklänge
haben jede Wellenlänge.

Jubelnd hallt das Echo wieder,
und die Preßlufthämmer schicken
aus den Munitionsfabriken
ihre süßen Hoffnungslieder
in die Menschenherzen nieder:
Deutschland feiert Weihnacht heute,
hört, oh hört, das fromm Geläute!

Deutsche Führer, deutsche Recken,
wenn aus den Gefängniszellen
schrille Schmerzensschreie gellen,
braucht ihr gar nicht zu erschrecken.
Laßt euch eure Festgans schmecken!
Euch das Fett — dem Volk die Hiebe,
deutsche Weihnacht — Fest der Liebe!
Wie die Pharisäer höhnen!

Wie sie mit den Mörderhänden
fromme Weihrauchdüfte spenden!
Doch der Opfer wildes Stöhnen
wird den Klingklang übertönen.
Wenn der Geist, den sie erschlagen,
aufersteht, um anzuklagen,
werden Weihnachtsmelodien
andrer Art das Land durchziehn.

Hugin.

Aus Nazedonien

So nebenbei in dem Land voll Lust und Leben . . .

In Bremen ist jüngst Händels Oratorium „Juda Maccabäus" von der Philharmonischen Gesellschaft aufgeführt worden. Da bekanntlich die SA.-Trägerin deutschen Bildungsgutes und deutscher Kultur überhaupt ist, protestierte sie selbstverständlich dagegen, daß man es noch immer wage, Judenmusik in einer deutschen Stadt" zu Gehör zu bringen. Was tun? Deutsche Männer wissen immer Rat. So schrieb denn die Philharmonische Gesellschaft an ein Bremer Blatt folgende Rechtfertigung ihres Tuns: „Jedem der großen Händelschen Oratorien liegt die Darstellung und der reine Ausdruck eines großen, starken Ideals zugrunde. Beim „Juda Maccabäus" ist es die strahlende Verherrlichung des Führergedankens . . . Wem käme nicht der Gedanke, daß eben dieses Leid wir Deutschen durchmachen mußten, bis auch uns der ersehnte Führer kam? Daß das deutsche Volk ebenso gläubig zu seinem Führer emporblickt und ihm heißen Herzens dankt? An solcher Betrachtungsweise kann auch nicht ändern, daß die Handlung bei dem sehr streitbaren alttestamentarischen Volk der Makkabäer liegt, das keineswegs gleichzusetzen ist mit dem Parasitenvolk der heutigen Juden, sondern ebenso leidenschaftlich für sein nationales Freiheitsideal, für seinen Heimatboden gekämpft hat wie alle anderen Völker auch". — Womit sich die kulturtragende SA. zufrieden gab und worauf das Konzert stattfinden konnte. Die Philharmoniker wußten außerdem, was sie der Stunde schuldeten und ließen, nach „Juda Maccabäus", das Horst Wessel-Lied ertönen. So konnte der jüdische Held nicht über den deutschen triumphieren . . .

•

Nun muß auch der Wald wieder deutsch werden! Zurück zu Germaniens Hainen, worinnen Wotan und die Seinen sowie deutsche Auerochsen hausten! Und schon rauscht durch den deutschen Blätterwald die Klage: „Es sieht kümmerlich aus im deutschen Walde! Das Urwild ist verschwunden! Die herrliche freie Wildbahn unserer Vorfahren ist gewesen!" Doch wozu ist Göring Schirmherr aller deutschen Tiervereine? Wozu hat dieser Herr sich die bei Berlin gelegene Schorfheide angeeignet? Dort soll nun der germanische Naturschutz errichtet werden, in dem man zunächst drei — versteht sich — „reinblütige Wisentkühe" aussetzen wird, um aus ihnen ein neues germanisches Tiergeschlecht hervorgehen zu lassen. Bald wird Germaniens ganzer Zauber wieder aufblühen. Und Feierabends, nach des Tages heidisch-männlichem Handwerk, wird Hitler mit Göbbels und den anderen germanischen Recken um ein trauliches Waldfeuer sitzen; man wird singend und sagend des Führers Taten preisen und Baldur von Schirach wird, wie das Nibelungenlied von Siegfried, von Göring künden können, daß er bei der Jagd „einen Wisent und einen Elch, starker Urtiere und einen grimmen Schelch" erlegte. Und der wackere Ley wird sehr oft dabei sein, weil es

Hamburger Zustände

Bilder aus dem Nazileben

Die Villa des Reichsstatthalters

Hamburg ist das Tor der Welt — gewesen. Man hat sich dort viel zugute getan auf seinen Hanseatengeist. Und denn auch auf das gute Geschäft. Aber nun ist die Sage aus. Der „königliche Kaufmann" ist verschwunden. Er wurde abgelöst von den braunen Herren des Dritten Reiches. Und seitdem bemüht sich Herr Reichsstatthalter Kaufmann im Schmucke des selbstverliehenen Eisernen Kreuzes erster Klasse, ihn so gut wie möglich zu ersetzen. Herr Kaufmann war schlauer als sein Kollege Luber aus Bayern, der beinahe über einen geschenkten Erbhof gestolpert wäre. Sein „Erbhof" ist die prächtige Blohmsche Villa, in der er seine Residenz aufgeschlagen hat. Zwar hat es wegen dieses kleinen Angebindes Stunk genug gegeben. Aber nun hat sich die Oeffentlichkeit langsam an den neuen Villenbesitzer gewöhnt. Der Reichskanzler selber ist nach Hamburg gekommen und hat die Angelegenheit „bereinigt".

Krach in der Ritterstraße

Der SA-Dienst ist schwer. Der klingende Vorteil für den einfachen SA-Muschkoten (jawohl, sie nennen sich Muschkoten, was bekanntlich von Muskete, also Gewehr herrührt!) ist nach wie vor bescheiden. Soll da ein ehrlicher SA-Mann nicht Wut bekommen auf die vielen „Märzgefallenen", die sich nach dem Siege eiligst gleichgeschaltet haben und nun in Amtswalterschulen für gutbezahlte Posten vorgedrillt werden?

Eine solche Schule befindet sich auch in der ehemaligen Oberrealschule in der Ritterstraße. Zwischen zwei riesigen Hakenkreuzfahnen leuchtet die stolze Inschrift: „Gauamtswalterschule".

Eines Abends — es war am 26. November — herrschte in einem nahegelegenen Sturmlokal Sturm. Nach hitzigen Reden zog ein großer SA-Trupp vor das stolze Gebäude, riß die Inschrift ab und warf sämtliche Fenster ein. Peinlich, höchst peinlich. Das schlimmste war das fröhliche Grinsen, das am andern Morgen die Arbeiter zeigten, als sie an dem Trümmerhaufen vorbei zur Arbeit gingen.

Wenn zwei sich streiten . . .

Röhrendamm. Ein Trupp Nazis in voller Kriegsbemalung marschiert hinter einer müde hängenden Fahne her. Da die Fahne bei richtigen SA-Männern das wichtigste ist, beobachtet man argwöhnisch die Passanten. Grüßen sie auch entsprechend?

Auf dem Fußsteig steht eine Gruppe junger Männer, Hände in den Hosentaschen. In der Tasche ist es schön warm. Da frieren die Finger nicht bei der Kälte. Darum bleiben die Hände auch drin als die Fahne kommt.

Eine Anzahl SA-Männer stürzt aus dem Zug auf die Gruppe los und beginnt zu prügeln. Unbeteiligte Passanten beziehen das meiste. Aber so junge, erwerbslose Hamburger Schauerleute haben auch gerne mal was zu tun. Und ihre Fäuste sind nicht ohne. Dagegen ist die schlimmste nationale Revolution machtlos. So kam es, daß die Braunen eine fürchterliche Tracht Prügel beziehen. Heiß wogt die Schlacht. Auf der anderen Straßenseite, ganz in der Nähe, steht ein Trupp Stahlhelmer, ungefähr fünfzig Mann stark. Die lächeln freundlich, wenn wieder ein paar kampfunfähige Nazis mit blutenden Nasen stiften gehen.

Sie behalten die Hände ebenfalls in den Taschen. Als das Ueberfallkommando kam, waren die lädierten Nazis allein.

Doppelverdiener

Großes Hallo auf dem Arbeitsamt. Zirkus Busch soll abgerissen werden. Alles drängt sich. Aber nur die mit den stärksten Ellenbogen kommen zum Ziel. Sie melden sich, bekommen Gratisvorstellung und drei Mark pro Mann. Das ist unter den heutigen Umständen eine sehr anständige Bezahlung. Sie schuften und rackern dafür wie die Teufel.

Nach der Anstrengung kauft sich jeder ein Glas Bier und fünf Zigaretten. Wir könnens ja, wir habens ja!

Am andern Tage müssen sie zum Wohlfahrtsamt. Jedem werden 2.40 von der Unterstützung abgezogen. Krach. Scheltworte fliegen. Da soll doch der Deubel reinschlagen!

Die Wohlfahrtsbeamten zucken mit den Achseln. Es ist ihnen selber peinlich. Aber die Bestimmungen gegen das Doppelverdienertum sind doch nun einmal da, nöch? Wir müssen uns ja denn woll auch nach richten, nöch?

„Gibt Hitler uns kein Brot, so schlagen wir ihn tot"

In der Dietrichstraße zu Barmbeck war einer der tapfersten SA-Stürme stationiert. Er zählte zu den besten Abteilungen Groß-Hamburgs. Bei jeder Marxistenjagd waren seine Mannen die ersten und die Unerbittlichsten. Je eher wir die Staatsfeinde vernichtet haben, desto schneller wird ja alles besser.

Es wurde aber nicht besser. Und eines Abends war das Sturmlokal dunkel, der Posten eingezogen. An der Türe aber klebte ein Schild: „Polizeilich geschlossen!"

Was war da geschehen? Nun, die Sturmleute hatten nach dem üblichen Alkoholgenuß lebhaft diskutiert. Junge Leute werden oft übermütig, wenn sie Alkohol zu sich genommen haben. Und so waren sie denn schließlich einig geworden: „Gibt Hitler uns kein Brot, so schlagen wir ihn tot."

Da aber anerkanntermeise jeder zweite SA-Mann ein Spitzel gegen irgendwen oder irgendetwas ist, so erfuhr die SA-Führung postwendend von dieser Diskussion. Der Sturm wurde aufgelöst, die meisten seiner Angehörigen in das Konzentrationslager gesperrt.

Vergnügen

Das Tanzlokal „Europa" auf dem Steindamm ist ausnahmsweise ganz leidlich besetzt. An einem kleinen Tische sitzt ein uniformierter SA-Mann mit einem Mädchen. Uniformierte Nazis müssen einen Erlaubnisschein ihrer „Dienst"stelle haben, wenn sie sich amüsieren wollen.

Zwei SA-Männer treten in das Lokal. Auf ihren Armbinden steht Feldgendarmerie. — Verzeihung! — „SA-Streife".

Alle Gäste mit Parteiabzeichen müssen ihnen ihr Mitgliedsbuch zeigen. Von dem Uniformierten mit dem Mädchen verlangte sie einen Urlaubsschein. Er zeigt. Die Streife geht.

Nach einer halben Stunde erscheint eine andere Patrouille. Der SA-Mann zeigt seinen Schein. Er bekommt einen roten Kopf. Sein Mädchen grinst verstohlen.

Wieder ist eine Weile vergangen. Nun kommt eine dritte Kontrolle. „Ihren Schein!?" Das Mädchen macht eine Bemerkung und lacht ganz offen. Ihr Kavalier kramt widerwillig in seiner Tasche und zeigt.

Er will seinen Aerger über die dauernden Belästigungen, bei denen er eine leicht komische Rolle spielt, verdecken. Die übrigen Gäste im Lokal sehen schon dauernd zu ihm hin. Heldenhaft schwingt er den rechten Arm um seine Liebste. Das wäre ja gelacht! Zivilistenpack!

Da naht sich das Verhängnis in Gestalt einer Oberstreife. Der Führer mit Litzen und Sternen schnarrt mit zerhackter Fresse: „Ihren Schein?!"

Donnerslag! Der SA-Mann versenkt die roten Hände in den Taschen: „Zeig ich nicht! Bin schon viermal kontrolliert!"

Darauf die zerhackte Fresse: „Was? Kerl? Aufstehn, Knochen zusammen! Verrückt geworden? Disziplin! Abführen den Kerl!"

Drei Mann stürzen sich auf ihn, reißen ihm die Spiegel vom Kragen und zerren ihn fort.

Das Mädchen zuckt die Achseln und geht seiner Wege.

Bäcker erzählt

„Seit 1927 war ich arbeitslos. Sie sagten, wer in der SA ist, bekommt zuerst Arbeit. Da bin ich eingetreten. Erst war es ganz schön. Wir waren viel unterwegs. Die Bauern gaben uns zu essen und trinken. Bei besonderen Anlässen bekamen wir auch etwas Geld. Na, und ab und zu mal so 'ne kleine Schlägerei — man ist ja schließlich kein alter Mann, dem die Knochen gleich kaputt gehen, wenn er mal ein bißchen angestoßen wird.

Nach der nationalen Revolution wurde ich als Geselle angestellt in einer Großbäckerei, aus der man die Marxisten rausgeschmissen hatte. Nun bin ich kuriert.

Ich verdiene 28 Mark die Woche. Wenn ich die Abzüge abrechne und die Miete, die ich früher vom Wohlfahrtsamt erhielt, so habe ich gerade 3 Mark mehr, als früher die Unterstützung betrug. Aber das ist nicht das Schlimmste, denn schließlich hat man ja Arbeit. Und das ist auch was wert.

Aber ich muß jeden Morgen um vier Uhr aus der Klappe. Und jeden Abend ist SA-Dienst. Das hält ja kein Pferd aus.

Vorigen Sonntag mußten wir mit gepacktem Tornister 30 km marschieren. Früher gab es draußen immer kräftig was zu futtern. Aber jetzt sind die Bauern mächtig zugeknöpft. Ist ja auch kein Wunder. Den großen steckt man es oben und unten rein, und die Kleinen kukken durch die Röhre.

Vorgestern abend hatten wir Exerzierdienst. Wir marschierten nach Farmsen. Der Polizeiwagen fuhr mit und brachte die Gewehre. Wir mußten drei Stunden Griffe kloppen und Zielübungen machen. Ich war hundelend.

Gestern sollten wir Schützengraben ausheben. Leckt mich sonstwo... dachte ich. Ich bin fertig. Mich bekommt Ihr heute nicht zu sehen.

Wäre ich man doch lieber hingegangen. Eine halbe Stunde nach der angesetzten Zeit kamen vier Mann und holten mich. Es hat schönen Klamauk gegeben. Wenn wieder was vorkommt, fliege ich. Mit der Arbeit ist dann auch Schluß. Und Unterstützung gibt es dann erst recht nicht.

Wenn ich bloß wüßte, wie ich aus dem Mist rauskommen könnte!

Bücher von denen man spricht

Bernard Brentano: **Berliner Novellen** Holzschnitte von Clément Moreau Leinen Fr. 3.50

Ignazio Silone: **FONTAMARA** Roman aus einem fascistischen Land Kartoniert Fr. 4.— Leinen Fr. 6.—

Verlag Dr. Oprecht & Helbling, Zürich

Ferdinand Bruckner **DIE RASSEN** Drama Kartoniert Fr. 3.—

Die Information erscheint monatlich einmal Pro Nummer Fr. —.60

Verlag Dr. Oprecht & Helbling, Zürich

Wilhelm Herzog: **Der Kampf einer Republik** 150 Abbildungen Leinen Fr. 9.50

Konrad Heiden: **Geburt des Dritten Reiches** Kartoniert Fr. 5.— Leinen Fr. 7.—

EUROPA-VERLAG, ZÜRICH

Bayerische Zustände: Das Bayerische Staatsministerium für die Wirtschaft hat verfügt: „Es bedeutet einen unzulässigen Eingriff in das Wirtschaftsleben, wenn bestimmten Geschäftsleuten verboten wird, gewisse Ortschaften zu betreten, oder wenn sie in der Benutzung öffentlicher Wege beschränkt werden."

Der stumme Pogrom: In Recklinghausen ist auf Antrag des Polizeipräsidenten zwei aus dem Osten früher eingewanderten jüdischen Staatsangehörigen die preußische Staatsangehörigkeit aberkannt worden. Die Wiederausbürgerung bezieht sich auch auf die Familienangehörigen.

Das Ariertum im Tierreich: Der Direktor des Berliner Zoologischen Gartens hat in Berlin einen Lichtbildervortrag gehalten über: „Edelinge im Tierreich!" Der Rassenwahn macht Fortschritte, nächstens wird festgestellt werden, welche Tiere als arisch zu gelten haben.

Ein deutscher Mann stößt im Heirats-Annoncenteil einer braunen Zeitung diesen Sehnsuchtsschrei aus: „Mein Führer wünscht, daß ich heirate. Darum suche ich ein evangelisches, reinarisches Mädchen, blond, vollschlank, vermögend." — Wieder einmal siegt echter deutscher Idealismus über undeutschen Materialismus!

*

Der „Führer der deutschen Arbeiterfront", Doktor Ley, hat sich an die Arbeitsfront begeben, indem er — ganz wie seine erlauchten Vorbilder, die Herren Etappen-Generale — die deutschen Fabriken besichtigte. Und zu den häuslichen Weinflaschen zurückgekehrt, überkam ihn der Spiritus: „Ich sage Ihnen, was mir auf dieser Reise für Ideen gekommen sind, immer wieder, jeden Tag was Neues. Es ist ungeheuer, ich behaupte, wir brauchen 50 bis 100 Jahre, um das alles durchzuführen, was durchgeführt werden muß. Nur wir müssen es festlegen für alle Zeiten." — Das walte Wotan! Der deutsche Gott ist mit den braunen Bataillonen. Deshalb hat er dem deutschen Volke Männer gesandt, die sogar fünfundzwanzig Vier-Jahrespläne vorrätig haben!

*

Der einfache Sonntag genügt dem Dritten Reiche nicht mehr, er muß auf besondere Weise gefeiert werden, denn er ist eben ein „Deutscher Sonntag". Der vorige war „Der Tag des deutschen Pferdes." Der „Völkische Beobachter" schrieb über den „Kamerad Pferd" eine ganze große Seite voll, unter besonderer Würdigung des — versteht sich — „heldischen Kriegserlebnisses auch des Pferdes." In diesem edlen Aufschwung einer deutschen Seele hieß es dann weiter: „Wir haben die Kameradschaft zum Pferd, diese Schicksalsverbundenheit auf Tod und Leben im Weltkrieg erlebt". (Wer, der Heimkrieger Frick auf dem Amtsschimmel in Pirmasens?). Das Tier steht im Dritten Reich in hohen Ehren. Wenn erst ein „Tag des Hundes" kommt, wird vielleicht das deutsche Volk merken, auf wen es gekommen ist!

Waldemar Grimm.

Der verunglückte Johst

Hopphopp im Staatstheater.

Die braune Dichtung hat schon wieder einen Betriebsunfall erlitten. Diesmal betraf sie den Oberdichter Johst. Nach der Generalprobe seines neuen mittelalterlichen Dramas, das eine Verherrlichung Luthers sein will und ein blöder Religionsspektakel ist, erhob Staatskommissar Hinkel, der Vorsitzende des preußischen Theaterausschusses, gegen einige Szenen ziemlich lärmenden Einspruch. Das Stück strotzt von blutigstem Antisemitismus und der Autor läßt einige Juden auf offener Szene durch Erhängen und Erschlagen erledigen. So war's im Mittelalter, so ist's im Dritten Reich, nur fehlte bisher der Dramatiker, der solche Schande verherrlichte. Der Theaterausschuß jedoch fand die Greuelszenen zu dämlich und lediglich geeignet, die Gefühle des Auslandes zu verletzen — die des deutschen Volkes sind ja gleichgültig.

Die gleichgeschaltete Dichtergilde war gespannt darauf, ob der Vorsitzende der Dichterakademie zu Kreuze kriechen und sein Stück kastrieren würde. Er tat es, und die Erstaufführung konnte steigen. Einige gleichgeschaltete Blätter berichten sehr kühl darüber, denn trotz mächtiger Striche bleibt ein langweiliges Machwerk mit trivialster Judenfresserei und antikatholischer Tendenz. Die braunen Kunstmäzene aber ringen sich den Bast von den Händen. Blamagen über Blamagen. Hans Grimm konnte den Schünemannpreis für den besten Roman nicht verteilen, weil lediglich mittelmäßigste Gesinnungsschreiberei vorlag. Johsts Schlageterdrama war ebenfalls eine peinliche Niete. Dann blamierte H. H. Ewers die ganze Innung mit dem Film, der sich Horst Wesselfilm nennen wollte, aber seiner Judengreuel wegen nicht durfte. Jetzt bringt Hitlers anderer Leibdichter das Ausland mit neuen Pogromszenen auf die Beine. Den Rassenwahn, den die Oberbonzen riefen, werden sie nicht los. Ein Mitglied des Theaterausschusses soll bei der Johstschen Generalprobe verzweifelt gefragt haben: „Kann man das nicht mit ein bißchen Geist machen?"

Nein, kann man nicht! Das nicht! Denn Geist muß man haben, und keiner hat es den „blonden Bestien" so deutlich gesagt wie Friedrich Nietzsche, daß Antisemitismus und Nationalismus mit Geist nichts zu tun haben können.

Armer Winnetou!

Mit diesem Brief bestreitet der Karl-May-Verlag seine Weihnachtsreklame:

An den Karl May-Verlag

Radebeul bei Dresden.

Wir können Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich unsere Prüfstelle für gute Jugendschriften entschlossen hat, eine Reihe von Karl May-Bänden in den Katalog guter Jugendschriften aufzunehmen und auch auf die übrigen Bände hinzuweisen. Von welcher Bedeutung dieser Schritt ist, werden Sie wissen, ist doch der erwähnte Katalog verbindlich für das ganze Reichsgebiet und somit der Streit um Karl May endlich zu dessen Gunsten entschieden

Heil Hitler!

Nationalsozialistischer Lehrerbund, Reichsführung.

Unpolitisches

Man liest in der „Frankfurter Zeitung":

„Reichsminister Röhm begibt sich zu einem kurzen Erholungsurlaub nach Capri. Die Reise hat keinerlei politischen Charakter."

Und im „Völkischen Beobachter" ein Wort des bayerischen Humoristen Weiß Ferdl: „Ich schnupfe kein Kokain, spritze mir kein Morphium ein, bin auch kein Säufer, kein Spieler — aber Heiliger bin ich auch keiner."

Nationalsozialistische Landwirtschaft

Erzeugermonopol auf Kosten der Konsumenten

Als Ziel ihrer Agrarpolitik haben die Nationalsozialisten die Herausnahme der Landwirtschaft aus der kapitalistischen Marktverflechtung proklamiert. Die Bodenbebauer sollen aufhören, Landwirte zu sein und echte Bauern werden, die dem Getriebe des kapitalistischen Marktes ein für allemal entzogen sind. Nun braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß es eine Utopie ist, einen so wichtigen Teil der Gesamtwirtschaft, der über ein Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung umfaßt, der kapitalistischen Wirtschaft entziehen zu wollen, ohne an dem System selbst irgend etwas Grundlegendes zu ändern. Interessant ist aber, daß in Wirklichkeit die nationalsozialistische Politik darauf hinausläuft,

monopolkapitalistische Methoden und Organisationsformen der Industrie auch auf das Gebiet der Landwirtschaft zu übertragen.

Das Institut für Konjunkturforschung nimmt an, daß über die Hälfte der industriellen Produktion gegenwärtig zu gebundenen Verkaufspreisen abgesetzt wird, wobei der Anteil, der sich aus den Bindungen der Grundstoffpreise für die Abnehmerindustrien ergibt, noch unberücksichtigt geblieben ist. Die Kartelle haben die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch sofort rücksichtslos zu Preissteigerungen ausgenützt. Die Indexziffer der gebundenen Preise hat sich von 76.9 im April auf 79.7 im Oktober (1928: 100) erhöht, und das trotz allen offiziellen Geschreis gegen Preissteigerungen.

Dabei hat die Macht der Kartelle es sogar während der schwersten aller Wirtschaftskrisen verstanden, den Preisrückgang viel stärker zu beschränken als während aller früheren Depressionen. Die deutschen Kartelle haben die Preise hochgehalten, statt dessen die Produktion übermäßig gedrosselt und damit die Arbeitslosigkeit noch künstlich gesteigert. Vor dem Kriege, konstatiert das Konjunkturinstitut, gingen die Preise in der Depression fünf- bis sechsmal so stark zurück wie die Produktion; gegenwärtig schwanken die gebundenen Preise nur etwa halb so stark wie die Erzeugung.

Vertreter der Großindustrie, besonders Herr Bosch, der Generaldirektor der I.-G.-Farben, haben schon vor der nationalsozialistischen Herrschaft die Uebertragung dieses Systems der industriellen Syndikate und Kartelle auf die Landwirtschaft empfohlen. Die Nationalsozialisten haben sich beeilt, dieses Rezept durchzuführen. Denn die Organisation der Landwirtschaft als „Nährstand" bedeutet nichts anderes, als die Schaffung solcher Syndikate und damit einer monopolistischen Preispolitik durch staatlichen Zwang.

Zuerst wurden

sämtliche Mühlen in einem Zwangssyndikat vereinigt.

Ihnen wurde eine Abnahmeverpflichtung für das deutsche Getreide auferlegt. Gleichzeitig wurden die Einkaufs- und Verkaufspreise für die verschiedenen Getreidearten etwa in dem Ausmaß des Vorjahres festgelegt. Da durch die außerordentlich hohen Einfuhrzölle und die sonstigen Regelungen des Getreideaußenhandels auch Menge und Preise der Getreideein- und -ausfuhr in letzter Instanz vom Staate bestimmt wurden, so bedeutet die angebliche Herausnahme der Landwirtschaft aus der kapitalistischen Marktverflechtung gar nichts anderes als die Schaffung eines Monopols der Erzeuger, Weiterverarbeiter und Händler auf Kosten der Konsumenten.

Einen zweiten wichtigen Schritt in derselben Richtung bedeutet die eben erfolgte

Zusammenfassung der Konservenindustrie.

Sämtliche Betriebe, die Gemüse oder Obst verarbeiten, werden zur „Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Obst- und Gemüseverwertungsindustrie" zusammengefaßt. Auch alle Nebenbetriebe, wie z. B. Konservierungsanlagen von landwirtschaftlichen Betrieben oder Marmeladenherstellung in Bäckereien, müssen dieser Vereinigung beitreten. Die Errichtung neuer Betriebe ist ohne Genehmigung der Vereinigung nicht gestattet, ebensowenig die Erweiterung des Geschäftsbetriebes oder der Leistungsfähigkeit bestehender Betriebe. Das Monopol ist vollständig. Soweit die bestehenden Zölle noch nicht zur Verhinderung der Einfuhr ausreichen, werden sie bald erhöht werden.

Den Konservenfabriken wird der Einkaufspreis für Gemüse und Obst und der Verkaufspreis ihrer Produkte vom Staate vorgeschrieben. Die Idee dabei ist, daß die Festsetzung dieser Preise zugleich auch eine Steigerung der Preise für frisches Obst und Gemüse herbeiführen wird. Ebenso wie für den Getreidebau soll also auch für die Obst- und Gemüsezucht durch die Syndizierung eine allgemeine Preiserhöhung durchgesetzt werden. Nachdem man schon früher durch Drosselung der Margarineproduktion und durch die Fettsteuer eine Erhöhung der Milch-, Butter- und Fettpreise bewirkt hat, wird jetzt die Preissteigerung auch für Marmelade erzwungen, um so zu verhindern, daß das verteuerte Fett durch den zu billig gebliebenen Marmeladeaufstrich verdrängt werden könnte. Die Loslösung der Landwirtschaft aus der kapitalistischen Marktverflechtung läuft so auf nichts anderes heraus, als auf die Abdrängung einer immer größeren Anzahl von Konsumenten von dem Markt der notwendigen Lebensmittel.

Die Preissteigerung bedeutet aber einen immer stärkeren Anreiz für Ausdehnung der Produktion in einer Zeit der Krise, in der ohnedies das Angebot an landwirtschaftlichen Produkten die Nachfrage übersteigt.

Schon jetzt übertrifft die deutsche Brotgetreideproduktion bei günstiger Ernte den inländischen Bedarf

und der Ueberschuß muß zu schweren Verlustpreisen auf dem Weltmarkt verschleudert werden. Deshalb hat ja auch das Ministerium in den beweglichsten Tönen die Landwirte vor Erweiterung der Getreideanbauflächen gewarnt. Aber die Hochhaltung der Preise ist ein unwiderstehlicher Antrieb zur Ausdehnung der Produktion, die Mahnung wird nichts fruchten und die Ueberproduktion noch steigert. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als von den Zwangspreisen zu dem Versuch einer allgemeinen Zwangsbewirtschaftung, zu Vorschriften über den Umfang und die Art des Anbaus, zu kommen. Aber gerade dieser Versuch wird die nationalsozialistische Staatsgewalt in Konflikt mit den zahllosen individuellen Sonderinteressen der einzelnen bäuerlichen Wirtschaft hineintreiben und das Utopische des Bemühens aufzeigen, willkürlich in die Preisgesetze des Kapitalismus einzugreifen und das kapitalistische System zugleich in seinen schärfsten monopolistischen Formen unverändert zu erhalten.

Dr. Richard Kern.

Haben Sie schon Ihre Abonnementsgebühren überwiesen?

Unsere Postscheck-Konten lauten:

Tschechoslowakei: Zeitschrift „N. V.", Karlsbad, Prag 46.149

Österreich: „Neuer Vorwärts", Karlsbad, Wien B-198.304

Polen: „Neuer Vorwärts", Karlsbad, Warschau 190.163

Schweiz: „Neuer Vorwärts", Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697

Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts", Budapest Nr. 2029

Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts", Beograd Nr. 81.005

Wir bitten Sie, die Einzahlungen sofort und unter Beachtung der Kontobezeichnung vorzunehmen.

Sie bereichern sich

Das Schicksal der deutschen Presse

Die Nationalsozialisten haben als siegreiche Eroberer über ein unterworfenes Volk an allen Ecken und Enden Beute gemacht. Neuer Reichtum ist entstanden auf Grund des Beuteprinzips. Dafür hört man überall die aufdringlichen Deklamationen: „Niemand darf sich bereichern, solange noch ein Volksgenosse Not leidet!"

Eine besondere Methode der Bereicherung geht im deutschen Zeitungswesen vor sich. Es handelt sich nicht um den direkten Diebstahl, der an der sozialdemokratischen Presse und an der Gewerkschaftspresse begangen worden ist, sondern um die Beraubung der bürgerlichen Presse. An allen Ecken und Enden sind nationalsozialistische Blätter und Blättchen entstanden. Ihre Besitzverhältnisse sind teils unklar, teils sind sie Eigentum führender Nationalsozialisten. Die Verbindung von Amt und Geschäft stinkt nicht bei den Nazis! Die Erbitterung des Oberpräsidenten und Zeitungsbesitzers Koch in Ostpreußen über die Konkurrenz ist allgemein bekannt. Das Amt wird benutzt, um das Geschäft zu fördern.

Aber diese Blätter haben sich zunächst nicht rentiert. Nationalsozialisten sind keine Leute, die Zeitungen lesen. Also mußten diese Zeitungen rentabel gemacht werden. Der Weg dazu war die Beraubung des Konkurrenten unter Einsatz der politischen Macht. Auf die Gleichschaltung der bürgerlichen Presse sollte die Ruinierung folgen. Mit Drohungen und Erpressungen ist das zum großen Teil gelungen. Eine Klärung der Besitzverhältnisse der nationalsozialistischen Zeitungen und ihrer Entstehungsgeschichte müßte ein besonderes Glanzkapitel des nationalsozialistischen Beutesystems sein.

In Köln hat auf dieser Grundlage ein Duell zwischen der „Kölnischen Zeitung" und dem nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter" stattgefunden. Das Ziel der Besitzer des „Westdeutschen Beobachters" — einst besaß ihn Herr Ley, wer besitzt ihn jetzt? — war die Enteignung der Dumont-Schauberg. Mit Hilfe von erpresserischen Drohungen, unter Einsatz der NSBO. sollte die Enteignung vor sich gehen. Dumont-Schauberg wehrte sich. Die Folge war die Beschlagnahme der Zeitung! Die Polizei ist benutzt worden, um einen Widerspenstigen mürbe zu machen, der sich nicht zugunsten von nationalsozialistischen Beutemachern enteignen lassen wollte!

Die Kölnische Zeitung hat sich bisher noch mit Erfolg gewehrt! Sie hat sogar erreicht, daß der Präsident der Reichspressekammer einen Erlaß herausgegeben hat, wonach eine Verpflichtung zum Bezug bestimmter Zeitungen ebenso unzulässig sei wie eine Kontrolle darüber. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März ist im übrigen die Werbung von Haus zu Haus wie die Neugründung von Zeitungen verboten. Aber die Beutelüsternen murren laut dagegen. Im gestohlenen „Dortmunder Generalanzeiger" liest man:

Seit Wochen und Monaten kannten Zeitungen, die sich „Heimatblätter" nannten, kein anderes Argument für ihren dauernden Abonnentenschwund, als die monoton wiederkehrende Anklage gegen den kleinen Werber nationalsozialistischer Zeitungen. Der Parteigenosse oder SA-Mann, der glaubte, sich durch Zeitungswerbung ehrlich ein paar Pfennige verdienen zu können, hatte den ganzen Unmut der Verleger auszubaden, die auf Grund der durch den 30. Januar veränderten Verhältnisse nicht mehr die gute Konjunktur hatten, wie in den Jahren 1926/1930, in denen es jüdische Monstre-Anzeigen geradezu hagelte.

So wird die SA von den Beutemachern auf die unbequeme Konkurrenz dressiert!

Der „Völkische Beobachter" aber, an dem Hitler persönlich beteiligt ist, hat eine besondere Entschädigung erhalten: er ist zum amtlichen Organ aller Behörden erklärt worden und muß von allen Behörden abonniert werden. Alle Bekanntmachungen von nicht nur örtlicher Bedeutung von allen Behörden, Körperschaften, des öffentlichen Rechts und mit Reichsmitteln arbeitenden Unternehmungen müssen im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht werden!

So wird aus politischer Macht neuer Reichtum — Reichtum, der in die höchst persönlichen Taschen der neuen Machthaber fließt!

Rückgang des Verlagswesens

Die Statistik der Arbeitslosen im Buchdruckgewerbe wirft grelle Schlaglichter auf den Rückgang der Buch- und Zeitschriftenproduktion im Dritten Reich. Die Verbands-Statistik zeigt eine ständige Zunahme der Arbeitslosen im graphischen Gewerbe. Ihre Zahl war in diesem Jahre durchwegs höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Für den Monat Juni meldete die Fachschrift der Hilfsarbeiter 28.700 Mitglieder, von denen 8300 erwerbslos waren. Im Monat Juli, dem Monat der großen Siege in der „Arbeitsschlacht", vermehrte sich die Zahl der arbeitslosen graphischen Hilfsarbeiter um 1530. Daraufhin hat man die Veröffentlichung der Statistik eingestellt. Aus anderen amtlichen Veröffentlichungen jedoch geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe dauernd zunimmt. So klagt der Verbandsleiter im Nr. 39 des Buchdruckerorgans „Korrespondent", daß die Auflageziffern bedeutender Provinzzeitungen fortgesetzt heruntergehen und die Privatkundschaften trotz billigster Preise keine Aufträge gibt! Seit dem Ausbruch des Dritten Reiches sind 200 Fachzeitschriften eingegangen. Der Bestand weiterer 2000 Fachzeitschriften ist durch die wirtschaftliche Lage bedroht. Auch im Zeitungswesen ist ein großes Sterben ausgebrochen. Eine Anzahl großer Blätter ist eingegangen, andere haben ihre Abendausgabe eingestellt oder vegetieren mit einer Auflagezahl, die kaum die Gestehungskosten trägt. Der Terror der Hitler-Diktatur hat das ehemals blühende deutsche Verlagswesen totgeschlagen und nicht nur das geistige Leben Deutschlands unterbunden, sondern auch Tausende Schriftsteller, sowie Zehntausende von Arbeitern und Angestellten im graphischen Gewerbe brotlos gemacht.

Haben Sie das Buch

VOLK IN KETTEN

bereits bestellt? Umfang 104 Seiten mit kart. farb. Umschlag. Preis Kč 12.— ö. Sch. 3.10 / schw. Frank. 1.85 / f. Frcs. 9.— / hfl. —.90 / Pfund Sterling 0/2/2 Dollar —.55 / Zloty 3.10.

An die

Druck und Verlagsanstalt »Graphia« Karlsbad.

Ich bestelle ... Exemplar Max Klinger: „Volk in Ketten". Betrag ist per Nachnahme zu erheben, wird gleichzeitig auf Postscheckkonto „Neuer Vorwärts", Prag 46.149 überwiesen.

Name und genaue Adresse